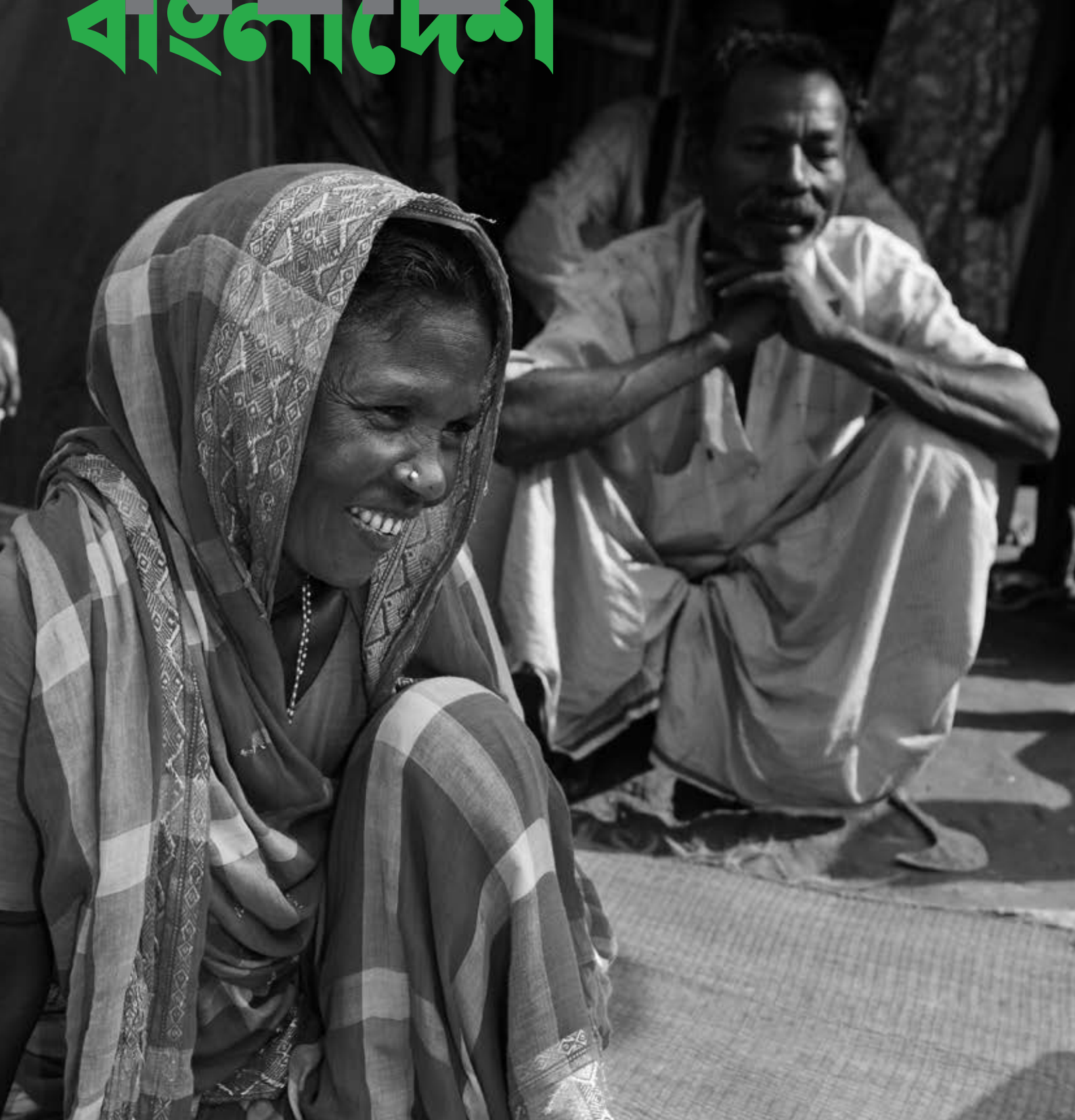


NETZ
বাংলাদেশ

Bangladesch Zeitschrift 3-4/2013



Gemeinsam Bangladesch bewegen

Frauen und Männer kämpfen für Gleichberechtigung



NETZ - Bangladesch Zeitschrift

Nr. 3-4, 35. Jahrgang, 9.12.2013

NETZ kämpft für Menschenwürde und gegen Hunger in Bangladesch. Partnerschaftlich und professionell unterstützt NETZ Selbsthilfe – für Ernährung, Bildung und Menschenrechte.

Gefördert von:

Brot
 für die Welt

 Bundesministerium für
 wirtschaftliche Zusammenarbeit
 und Entwicklung
IMPRESSUM

Herausgeber: NETZ Partnerschaft für Entwicklung und Gerechtigkeit e.V. / Moritz-Hensoldt-Str. 20 / 35576 Wetzlar / Telefon: 06441-97463-0 / Fax.: 06441-97463-29 / E-Mail: zeitschrift@bangladesch.org
 ISSN: 1619-6570

v.i.S.d.P.: Dirk Saam

Layout: Moritz Marbach

Titelfoto: Rolf K. Wegst

Druck: Druckkollektiv GmbH

Redaktion: Ines Burckhardt, Insa Bloem, Peter Dietzel, Kai Fritze (Redaktionsleitung), Heiko Herold, Patrizia Heidegger, Moritz Marbach, Michelle Peña Nelz, Niko Richter, Dirk Saam, Sven Wagner, Linda Wallbott.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung von Herausgeber und Redaktion wieder.

Die Zeitschrift erscheint vierteljährlich. Jahresabonnement: 20€ / Einzelexemplar: 5€.

**Thema: Frauenrechte****Verkrustete Strukturen aufbrechen**

Die Arbeit von Menschenrechts-Aktivisten in Bangladesch
 Von Kai Fritze

5

Für mehr Gerechtigkeit

So setzen sich Partnerorganisationen und NETZ in Bangladesch für die Rechte von Frauen ein
 Von S. Islam T. Schwehm

8

Streben nach Wandel

Die Arbeit von Frauenrechtsverteidigern in Bangladesch
 Sultana Kamal im Gespräch

10

Globale Entwicklung nach 2015

Gerechtigkeit, Gleichheit und Inklusion müssen auf die Tagesordnung
 Von Faustina Pereira

13

Besorgniserregende Sichtweisen

Die UN-Sonderberichterstatterin über Gewalt gegen Frauen, ihre Ursachen und Konsequenzen zur Situation in Bangladesch
 Von Rashida Manjoo

16

Das Unglück von Savar

1.133 Tote, um der Welt die Augen zu öffnen
 Von Dr. Raquib Ahmed

19

Politik und Gesellschaft**Wichtige Ereignisse in und um Bangladesch**

Zusammengestellt von
 Insa Bloem

22

Verhandlungen, Gewalt und Sehnsüchte

Bangladesch kurz vor den 10. Parlamentswahlen
 Von Dirk Saam

23

Wer wird gewählt?

Viele Bangladeschis sind vor der Parlamentswahl noch unentschlossen
 Von David Bergman

26

Ohne Bestechung geht es nicht – oder?

Ein Gespräch über Korruption in Entwicklungsprojekten
 H. R. Chowdhury im Gespräch

28

KULTUR**Rundes Jubiläum**

Seit 100 Jahren gibt es das Nationalmuseum in Dhaka
 Von Sven Wagner

30

NETZ aktiv

Meldungen aus der NETZ Geschäftsstelle, Aktionen und Nachrichten.

32



Sharmin Islam
Projektreferentin im
NETZ-Landesbüro in Dhaka

Liebe Leserin, lieber Leser,

genau in diesem Moment weinen überall auf der Welt viele meiner Schwestern, weil ihnen Gewalt angetan wurde. Manche von ihnen verstecken ihre Tränen aus Angst oder Scham. Weltweit wird eine von drei Frauen während ihres Lebens geschlagen, missbraucht oder zum Sex gezwungen.

In Bangladesch ist das nicht anders. Obwohl Frauen schon viele Erfolge erreicht haben, zum Beispiel im Bildungsbereich, bei der Gesundheitsversorgung und der politischen Teilhabe, hat die Mehrheit noch immer nicht die gleichen Möglichkeiten wie Männer. Häusliche Gewalt, Mitgiftzahlungen, Vergewaltigungen, Säureattentate, ungleiche Bezahlung und vieles mehr gehören zur alltäglichen Realität vieler Frauen in Bangladesch.

Lokale Menschenrechtsverteidigerinnen und Menschenrechtsverteidiger spielen eine wichtige Rolle dabei, Frauen bei der Durchsetzung ihrer Rechte zu unterstützen. Sie engagieren sich für Gleichberechtigung und gegen Diskriminierung, obwohl ihnen von vielen Seiten, beispielsweise einflussreichen Eliten und Politikern, Steine in den Weg gelegt werden.

Im Thementeil dieser Zeitschrift informieren wir Sie über die Menschenrechtssituation in Bangladesch, mit Fokus auf den Zugang von Frauen zu ihren Rechten, die wichtige Arbeit von Menschenrechtsaktivisten und die Arbeitsbedingungen von Arbeiterinnen in der Textilindustrie. Zudem berichten wir ausführlich über

die aktuelle politische Situation Bangladeschs vor der nächsten Parlamentswahl, die im Januar 2014 stattfinden soll. Diese wichtigen Themen werden zum Jahresende aus organisatorischen Gründen in einer Doppelausgabe veröffentlicht. Zudem erscheint die Bangladesch-Zeitschrift von nun an in neuer Gestaltung.

Jede und jeder kann sich an der Seite benachteiligter Menschen in Bangladesch engagieren und sie in ihrem Kampf beim Zugang zu ihren Rechten unterstützen. Der dieser Ausgabe beigelegte Flyer zeigt Ihnen nur eine von vielen Möglichkeiten, sich mit Menschen in Bangladesch zu solidarisieren.

Eine anregende Lektüre wünscht
Ihnen

Sharmin Islam



Verkrustete Strukturen aufbrechen

Die Arbeit von Menschenrechts-

Aktivisten in Bangladesch

Text: Kai Fritze

Es ist Abend. Dunkelheit, herbstliche Kälte und dichte Nebelschwaden haben sich über das kleine, an einem Fluss gelegene Dorf Kotalipur im Norden Bangladeschs gelegt. Hier und dort flackert das Licht einer Gaslampe am Bug eines kleinen Fischerbootes. Abgesehen davon erliegt das öffentliche Leben in Kotalipur mit Einbruch der Dunkelheit völlig.

Heute Abend stimmt das nicht ganz. Plötzlich hört man die Stimmen einiger Männer. Sie argumentieren aufgebracht, diskutieren lautstark. Denn auf einem zentralen Platz findet ein Shalish statt. So bezeichnet man in Bangladesch informelle Gerichte, die sich meist aus den Dorfältesten und Eliten zusammensetzen. Einberufen werden sie, um über soziale Streitfälle und manchmal auch über Verbrechen zu urteilen, die eigentlich in den Aufgabenbereich eines ordentlichen Gerichtes fallen und von den Shalishs gar nicht bearbeitet werden dürften. Doch die informel-

len Gerichte sind im ländlichen Bangladesch sehr weit verbreitet und haben gesellschaftlich einen hohen Stellenwert. Verkrustete Strukturen werden von vielen Menschenrechts-Aktivisten kritisiert: die in der Regel männlich besetzten Shalishs würden missbraucht, um Macht auszuüben, patriarchalische und vermeintlich religiöse Werte durchzusetzen. In vielen Fällen sind Frauen die Leidtragenden.

Gewalt gegen Frauen

Trotz großen Fortschritten, die Bangladesch in den letzten Jahren bezüglich der Erreichung vieler Millenniumsentwicklungsziele verzeichnen konnte, ist die Frauenrechts-Situation im Land noch immer schwierig. Häufig werden ihre Rechte missachtet, ihnen wird Gewalt angetan. Frauen sind sehr häufig häuslicher Gewalt ausgesetzt, verübt durch ihre Ehemänner und Familienangehörige. Laut Weltgesundheitsorganisation sind 57,5% der Frauen in Bangladesch von sexueller oder physischer Gewalt betroffen. Die Ursachen sind vielfältig: dysfunktionale Strukturen staatlicher und nicht-staatlicher Institutionen beim Schutz von Menschenrechten, verkrustete patriarchalische Machtverhältnisse sowie schlecht funktionierende Gerichte, Polizei oder Behörden. All das hat gravierende

negative Auswirkungen auf den Schutz und die Wahrnehmung von Rechten von Frauen.

Bei einem Shalish wie dem in Kotalipur werden meist Fälle wie der von Morzina Begum (Anm. d. Red.: Name geändert) verhandelt. Morzina ist mit 23 Jahren die jüngste Tochter des Tagelöhners Sajahan Kabir. Sie lebt bis heute in dem Dorf, in dem sie aufgewachsen ist, und verlässt es nur selten. Nachdem ihre älteren Schwestern verheiratet wurden, war sie an der Reihe. Ihre Familie handelte die Hochzeit mit einer Familie aus demselben Dorf aus. Beide Familien einigten sich auf die Zahlung einer Mitgift von umgerechnet 500 Euro. Für viele arme Familien aus dem ländlichen Bangladesch ein Betrag, der nur durch Verschuldung aufzubringen ist. So auch für Morzinas Familie. Doch trotz der Vereinbarung zwischen den Familien wurde Morzina kurz nach der Hochzeit verstoßen. Nach wenigen Tagen schickten ihre Schwiegereltern sie wieder zurück in ihr Elternhaus und veranlassten die Scheidung. Die Mitgiftzahlung behielten sie.

Obgleich Frauen Besitzgegenstände und ihre Arbeitskraft in den gemeinsamen Haushalt einbringen, können sie für den Fall einer Scheidung keinerlei Ansprüche erheben, es sei denn, dies ist ausdrücklich in einem – oft-

Obwohl viele Frauen in der Familie viele Aufgaben übernehmen und oftmals zum Familieneinkommen beitragen, sind sie an wichtigen Entscheidungen oft nicht beteiligt.

mals nicht vorhandenen – Ehevertrag festgelegt. Selbst wenn ein solcher Vertrag existiert, wird sich in den meisten Fällen nicht daran gehalten. Landesweit werden laut des Kinderhilfswerks der Vereinten Nationen UNICEF 66% der Mädchen unter 18 Jahren verheiratet, obwohl das gesetzliche Mindestalter für Frauen bei 18 Jahren liegt. Mehr als ein Drittel der Mädchen wird demnach sogar vor dem 15. Lebensjahr verheiratet. Mitgiftzahlungen sind trotz des gesetzlichen Verbots weiterhin gängige Praxis. Zusätzlich zu ihren Aufgaben im Haushalt tragen gerade Frauen durch Lohnarbeit im landwirtschaftlichen und informellen Sektor immer mehr zum Familieneinkommen bei. Doch ihre Entlohnung liegt bei vergleichbarer Tätigkeit weit unter dem männlichen Lohnniveau.

Gesetzlich sind Frauen ebenfalls benachteiligt: Die gegenwärtigen zivilgesetzlichen Regelungen für Muslime, 90% der Bevölkerung, und Hindus, 8% der Bevölkerung, in Bangladesch hinsichtlich Eheschließung und -auflösung diskriminieren Frauen in vielfacher Form. Sie zementieren ihre sozial und wirtschaftlich benachteiligte Stellung in der Gesellschaft. So ist Polygamie für muslimische und hinduistische Männer erlaubt. Laut einer Studie der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sehen vielen Menschen in Bangladesch diese Praxis als nicht mehr zeitgemäß an; besonders in den ländlichen Regionen haben aber noch immer viele Männer mehr als eine Ehefrau. Muslimische Männer haben das Recht, eine Ehe einseitig aufzulösen; bei Hindus sind Scheidungen nicht erlaubt. Zur Zahlung von Un-

terhalt für die geschiedene Frau sind muslimische Männer zwar verpflichtet, faktisch bleiben die Zahlungen auch auf Grund gesetzlicher Defizite in den meisten Fällen jedoch aus.

Auflehnung

Doch es tut sich etwas im ländlichen Bangladesch. Das Beispiel Kotalipur kann stellvertretend stehen für einen Umbruch, eine Auflehnung gegen die Unterdrückung und das Entstehen für die eigenen Rechte: Denn heute Abend diskutieren nicht nur die Männer über das Schicksal der Menschen im Dorf. Auch Frauen sind unter den Anwesenden. Sie gehören einer Gruppe an, die sich in der Region für ihre eigenen Rechte, aber auch für die Rechte derer einsetzt, die alleine keine Stimme haben. Sie sind Menschenrechtsverteidigerinnen.

Nargis Rahman ist 67 Jahre alt, sie stammt aus dem Dorf Jugia Hatpara im Süden Bangladeschs. Sie ist Mutter, Hausfrau, arbeitet auf einer Hühnerfarm und sie ist Menschenrechtsverteidigerin. Sie hat schon an vielen Shalishs teilgenommen. Derzeit ist sie die Vizepräsidentin ihrer Menschenrechtsgruppe, in der sie schon seit 14 Jahren aktiv ist. Sie sagt: „Inzwischen können wir uns problemlos für diejenigen unserer Gemeinschaft einsetzen, für die sonst niemand eintreten würde. Viele Menschen unterstützen uns dabei. Früher war das schwieriger. Beispielsweise wurde in unserem Dorf 2003 ein Mädchen von ihrem Nachbarn vergewaltigt. Ich brachte sie erst ins Krankenhaus, dann meldeten wir gemeinsam mit der Gruppe den Fall an die Polizei. Doch der Vergewaltiger ließ

Gewalt gegen Frauen

Der renommierten bangladeschischen Menschenrechtsorganisation Ain o Shalish Kendra (ASK) zufolge wurden im Jahr 2011 mindestens 59 Frauen in Folge von Urteilen eines Shalishs oder einer Fatwa, ein rechtlich nicht bindendes Rechtsgutachten eines muslimischen Gelehrten, gefoltert.

Auswertungen zufolge wurde in den Medien im Jahr 2011 von 936 Vergewaltigungen – 105 der Frauen wurden anschließend getötet und 28 begangen Selbstmord – 501 mitgiftbedingten Gewalttaten gegen Frauen und 62 Säure-Angriffen auf Frauen berichtet. Dies sind nur die Fälle, über die berichtet wurde, die tatsächlichen Zahlen schätzt ASK dramatisch höher ein.

seine politischen Kontakte spielen: Erst versuchten sie es mit Bestechung, dann drohten sie mich auch zu vergewaltigen, wenn die Anklage nicht fallengelassen würde. Erst als ich eine NGO und den Distriktkommissar einschaltete, ließen sie mich in Ruhe. Vier Jahre später wurde der Vergewaltiger zu 25 Jahren Haft verurteilt.“

Lokale Menschenrechtsgruppen sind nachweislich wichtige Akteure der Menschenrechtsarbeit in Bangladesch, doch ihre Effektivität hängt stark von ihrem Know-how und der Bereitschaft zu kontinuierlicher Wachsamkeit der Gruppenmitglieder ab. Das Bewusstsein für Menschenrechte ist im Allgemeinen und insbesondere auch innerhalb benachteiligter Bevölkerungsgruppen noch immer weit davon entfernt, eine gesellschaftlich akzeptierte Menschenrechtskultur zu unterstützen beziehungsweise aufrecht zu erhalten.

Gute Perspektive

Auch wenn die Frauen in Bangladesch bis zum Erstreiten gleicher Rechte noch einen weiten Weg vor sich haben, so ist der Aufbruch, mit Hilfe der lokalen Menschenrechtsverteidiger, der Zivilgesellschaft und Menschenrechtsorganisationen deutlich sichtbar. Früher wären Morzina Begum die Hände gebunden gewesen. Als geschiedene Frau hätte sie ihr Gesicht verloren, soziale Ausgrenzung wäre die Folge gewesen. Doch der Rechtsbeistand einer NGO half ihr nicht nur ihr Gesicht im Dorf zu wahren, sie legte offiziell bei der zuständigen Behörde Beschwerde ein. Ihr wurde Recht gegeben und die Familie ihres kurzzeitigen Ehemann-

nes wurde verpflichtet, die Mitgift zurückzubezahlen. Morzina lebt nun wieder mit ihren Eltern und kann als Lehrerin arbeiten. Das wäre in der Vergangenheit nach einer Scheidung kaum vorstellbar gewesen. Nargis Rahman sagt: „Vielleicht liegt es an meinem Alter, vielleicht an der Erfahrung. Doch heute habe ich als Menschenrechtsverteidigerin in Jugia Hatpara praktisch keine Hürden mehr zu überwinden. Die Dorfgemeinschaft steht hinter unserer Gruppe und die Lokalverwaltung ebenso. Früher war das Bild genau umgekehrt. Kaum jemand wollte mit uns zusammenarbeiten.“ Dass ein Großteil der Frauen in Bangladesch Gewalt und Unterdrückung ausgesetzt sind, zeigt, dass dies eher noch eine Ausnahme ist. Doch zeigt Nargis Rahman auch, dass sich engagierte, mutige Menschen für die Rechte derer einsetzen, die allein ihre Stimme nicht erheben können. Es zeigt, dass Menschen vor Ort gewillt sind, dort anzupacken, wo Unrecht geschieht.

Frauen, indigene Gruppen und religiöse Minderheiten können ihr Recht auf Nahrung nur schwer einfordern.

Kai Fritze ist Redaktionsleiter dieser Zeitschrift.



Foto: Moritz Marbach

Für mehr Gerechtigkeit

So setzen sich Partnerorganisationen und NETZ in Bangladesch für die Rechte von Frauen ein

Text: Sharmin Islam und Teresa Schwehm

Menschenrechts-Aktivist*innen vor Ort brauchen Ihre Partnerschaft!

Dieses Projekt verbessert die Situation benachteiligter Menschen nachhaltig. Neue Hoffnung und Mut entstehen, mit eigenen Talenten und in Solidarität mit Anderen für die Würde und Freiheit eines jeden Menschen einzustehen.

540 Euro schützen ein ganzes Dorf

Damit arbeitet eine Frauengruppe mit 10 Mitgliedern ein ganzes Jahr – gegen Gewalt und Diskriminierung. Unsere Partner*innen schulen die Mitglieder, bieten Rechtshilfe und dokumentieren Verletzungen von Menschenrechten.

Spendenkonto Nr. 62 62
NETZ e.V. Bangladesch
Volksbank Mittelhessen
BLZ 513 900 00

Der Schutz der Menschenrechte eines jeden Einzelnen ist zentral für die Überwindung von Armut, sozialer Ausgrenzung und für ein menschenwürdiges Leben. Dem Staat kommt dabei die oberste Pflicht zu, die Rechte der auf seinem Gebiet lebenden Menschen zu schützen. Im Hinblick auf eine Reihe sozialer und ökonomischer Menschenrechte sind in Bangladesch in den letzten 20 Jahren vielfältige Fortschritte erzielt worden. Diesen positiven Entwicklungen stehen jedoch eine Reihe von Problemen gegenüber, die einen umfassenden Menschenrechtsschutz für alle Bürger verhindern: Frauen und gesellschaftlich benachteiligte Gruppen wie Menschen in extremer Armut oder Angehörige indigener und religiöser Minderheiten sind besonders gefährdet, in ihren Rechten verletzt zu werden. Aber auch zivilgesellschaftliche Menschenrechtsverteidiger sind vielfach Repressionen ausgesetzt.

Vor diesem Hintergrund setzen sich die beiden renommierten Menschenrechtsorganisationen Research Initiatives Bangladesh (RIB) und Ain o Shalish Kendra (ASK) gemeinsam mit NETZ in 16 Distrikten Bangladeschs für genau diese Gruppen ein.

Die Arbeit von RIB basiert auf einem Selbsthilfeansatz. 75 Gruppen mit jeweils 20 Mitgliedern treffen sich monatlich, um ihre Probleme zu besprechen und gemeinsam Maßnahmen zu ergreifen. RIB begleitet die Gruppen, vermittelt Grundkenntnisse in Menschen-, Frauen- und Landrechten und führt sie in die praktische Anwendung des 2009 in Kraft getretenen Informationsfreiheitsgesetzes ein. Die Gruppen lernen dabei, wie sie Informationsgesuche hinsichtlich der Verteilung von staatlichen Dienstleistungen bei lokalen Behörden einholen und Anträge auf Zugang zu solchen Leistungen stellen können. Was sich nach einem hohen und wenig vielversprechenden bürokratischen Aufwand anhört, ist zu einem schlagkräftigen entwicklungs- und menschenrechtspolitischen Instrument erwachsen. Denn die Menschen in Bangladesch können kraft eines Gesetzes Forderungen stellen und nicht mehr von Behörden abgewiesen werden. Frauen, denen Gewalt durch Männer widerfahren ist, hatten beispielsweise in der Vergangenheit wenig Aussicht auf Strafverfolgung. Auch weil die Polizei Frauen oft schlecht behandelt und nicht bereit ist, Anzeigen von Frauen zu akzeptieren – oder nur dann, wenn Bestechungsgelder gezahlt werden. In einem Fall ersuchte eine Frau Informationen nach Kriterien und Regeln, damit Anzeigen bearbeitet werden. Zunächst erfolglos. Die Behörden bearbeiteten das Gesuch nicht. Doch bietet das Gesetz in solchen Fällen die Möglichkeit Anhörungen vor dem öffentlich-rechtlichen Informationsausschuss einzufordern. Das ist von unschätzbarem

Wert für die Antragssteller. Durch die Möglichkeiten Anhörungen zu initiieren wird den Menschen auch eine Plattform gegeben, um über gesellschaftliche und strukturelle Probleme zu sprechen. Eine RIB-Aktivistin, die Frauen dabei unterstützt, das Informationsfreiheitsgesetz zu nutzen, berichtet: „Frauen haben die Polizeiwachen aus Angst vor Übergriffen und Beleidigungen immer gemieden. Dass sie nun kraft Gesetzes Recht zugesprochen bekommen, ist ein erster Schritt sich von der Angst zu befreien.“

Unter Nutzung des Gesetzes holen Bedürftige nun Informationen ein, nach welchen Kriterien soziale Sicherungsleistungen vergeben werden, welche Kriterien erfüllt sein müssen, um staatseigenes Land zugeteilt zu bekommen, ob es den offiziellen Regelungen entspricht, dass Eltern für ihre Kinder neben den Aufnahmegebühren noch Handgelder zahlen müssen, damit ihr Kind am Schulunterricht teilnehmen kann oder für wie viele Kühe und Ziegen es staatliche Subventionen zur Impfung des Viehs gibt. Den Behörden fällt es so schwerer, für Dienstleistungen vorgesehene Gelder in eigene Taschen fließen zu lassen.

ASK unterstützt ehrenamtlich arbeitende Menschenrechtsverteidiger und lokale Führungspersonen, die sich in Frauenkomitees, Menschenrechtskomitees und Anwaltsforen organisieren. ASK begleitet und schult diese lokalen Menschenrechtsverteidiger unter anderem zu Genderfragen, Dialogstrategien mit politischen Vertretern sowie zu Schutz und Beratung von Menschenrechtsopfern. Die Mitglieder der Komitees bringen ihre menschenrechtliche Expertise unmittelbar in die Dorfgemeinschaft ein, indem sie in Konfliktfällen beraten, Kontakt zu Anwälten herstellen und die Einhaltung menschenrechtlicher Prinzipien in öffentlichen Entscheidungsprozessen einfordern. Die Frauenkomitees schalten sich beispielsweise ein, wenn Frühehen arrangiert werden sollen, Frauen Gewalt angetan oder wenn andere Gesetze gebrochen werden. Durch die Unterstützung von ASK sind sie selber in der Lage, das zu erkennen und kleinere Konflikte zu lösen. Wenn es nötig wird, wissen sie nun, wo sie Rechtsbeihilfe bekommen können.

Dem NETZ-Landesbüro kommt die Aufgabe der Koordination der politischen Arbeit auf nationaler und internationaler Ebene zu. Zu aktuellen Menschenrechtsfällen werden gemeinsam mit den lokalen Menschenrechtsverteidigern Studien sowie Berichte erstellt. Anlässlich der im Januar 2014 anstehenden Parlamentswahl wird das Menschenrechtsverteidiger-Netzwerk von ASK und RIB genutzt, um die Einhaltung von Menschenrechten vor, während und nach der Wahl in von extrem Armen, indigenen Völkern und religiösen Minderheiten bewohnten Wahlbezirken zu beobachten. Zudem begleitet NETZ Wahlkandidatinnen und dokumentiert, auf welche Schwierigkeiten und Benachteiligungen sie bei der Wahrnehmung ihres Rechts auf aktive politische Teilhabe stoßen.

Gemeinsam bündeln RIB, ASK und NETZ fachliche Expertise und langjährige Erfahrungen. Ein koordiniertes Vorgehen zur Verbesserung des Menschenrechtsschutzes von der Graswurzel bis zur nationalen und internationalen Ebene wird so ermöglicht und gibt unmittelbar denjenigen eine Stimme, die dadurch Repression und Marginalisierung überwinden können.



Zeigen gemeinsam Stärke:
Frauen demonstrieren für
ihre Rechte.

Sharmin Islam (l.) ist Projektreferentin des Menschenrechts-Programms im NETZ-Landesbüro in Dhaka. Teresa Schwehm (r.) ist Projektreferentin bei NETZ.



Streben nach Wandel

Die Arbeit von Frauenrechtsverteidigern in Bangladesch

Im Gespräch: Sultana Kamal

Sultana Kamal ist Menschenrechtsaktivistin und Geschäftsführerin von Ain o Shalish Kendra (ASK), der führenden Menschenrechtsorganisation in Bangladesch. Mit NETZ spricht sie über den Kampf der Frauen für ihre Rechte und die gesellschaftlichen Hürden bei deren Durchsetzung.

NETZ: Frau Kamal, wie beurteilen sie die Situation der Frauen in Bangladesch? Hat sich diese im Lauf der letzten zehn Jahre verbessert?

Sultana Kamal: Das dritte Millenniumsentwicklungsziel zielt auf die Gleichstellung der Geschlechter und die Stärkung der Rolle der Frau. Es kann nicht losgelöst von den anderen Millenniumszielen betrachtet werden, doch Bangladesch hat diesbezüglich wichtige Fortschritte gemacht. Die Sterblichkeitsrate von Müttern und die Kindersterblichkeit wurden deutlich gesenkt. Heutzutage werden viel mehr Mädchen in die Schule geschickt als früher. Dass Mädchen in ländlichen Regionen kostenlosen Zugang zu Bildung erhalten, hat zu einer imposanten Einschulungsquote geführt.

Andererseits werden bestehende liberale Gesetze oft nicht umgesetzt, sodass Frauen nicht von ihnen profitieren können. Das liegt hauptsächlich an der frauenfeindlichen Einstellung in den Familien und in der Politik. Noch immer wird es vielen Frauen nicht erlaubt, eine weiterführende Schule zu besuchen

oder Geld zu verdienen. Sie müssen endlich die gleichen Rechte wie Männer haben, um Besitz erwerben und erben zu können. Versuche, die Gleichstellung der Frauen im Erbschaftsrecht zu erwirken, wurden mit Verweis auf religiöse Normen abgelehnt. Die kulturellen und religiösen Barrieren sind nach wie vor klar erkennbar. Die Gesellschaft ist immer noch stark durch patriarchalische Strukturen geprägt.

Die häufigste Gewalttat gegen Frauen ist ihnen zu verbieten, Entscheidungen bezüglich ihres eigenen Lebens zu treffen. Entscheidet sich eine Frau beispielsweise dazu, ihr Leben selbstständig zu führen, wird sie viele Schwierigkeiten haben: Es wird ihr oft nicht möglich sein, eine Wohnung zu mieten oder sie wird von der Gesellschaft misstrauisch beobachtet werden. Gewalt nimmt nicht immer physische Formen an.

NETZ: Daten der Weltgesundheitsorganisation zeigen, dass 57,5% aller Frauen in Bangladesch Opfer physischer oder sexueller Gewalt werden. Was sind die Ursachen hierfür?

Kamal: Frauen werden sich zunehmend ihrer Rechte bewusst und wollen diese auch ausüben. Doch viele Familien tolerieren das nicht. Fügen sich die Frauen nicht, ist die Reaktion oft gewalttätig. Und wenn eine Frau von der eigenen Familie unterstützt wird, sind weite Teile der Gesellschaft nicht gewillt, das zu akzeptieren. Es gab Zeiten, in denen ein Ehemann seiner Frau vorschrieb, das Haus nicht ohne seine Erlaubnis zu verlassen. Heute wehren sich Frauen gegen diese Form der Bevormundung. Aufgrund der Normen und der Denkweisen, die in der Gesellschaft vorherrschen, wird der Großteil der Gesellschaft hinter dem Mann stehen, wenn er gewalttätig wird. Das ist der Grund dafür, dass sich die Intensität der Gewalt gesteigert hat.

NETZ: Unterscheidet sich die Situation von Frauen auf dem Land und in den größeren Städten?

Kamal: Frauen in den Städten haben viel bessere Chancen, sich zu entwickeln. Die städtische Mittelschicht ist gebildeter und hat einen ganz anderen Lebensstil als die Landbevölkerung. In diesem liberaleren Umfeld ha-

Kämpft für die Rechte von Frauen: ASK-Geschäftsführerin und Vorstandsvorsitzende von Transparency International Bangladesh Sultana Kamal.



Foto: Insa Bloem

ben Frauen viele Möglichkeiten und werden weniger durch patriarchalische gesellschaftliche Normen eingeschränkt. Aber NGOs arbeiten hauptsächlich in ländlichen Gebieten. Daher ist das Bewusstsein von Frauen für ihre Rechte auf dem Land zum Teil ausgeprägter als in der städtischen Mittelschicht. In ländlichen Regionen ist die Auslegung gesellschaftlicher Normen oftmals strikterer. Daher brechen hier Frauen vermehrt die ihnen auferlegten Regeln als in den Städten. Dies führt dazu, dass Frauen auf dem Land häufiger Opfer von Gewalt werden. In den Schlichtungsverfahren, sogenannten Shalishs, die dann durchgeführt werden, wird meistens zu Gunsten des Mannes entschieden.

NETZ: Die Kontinuität gesellschaftlicher Eliten scheint ein begrenzender Faktor für die Umsetzung von demokratischen Reformen und von Menschen- und Frauenrechten zu sein. Warum

hat sich die Politik nicht geändert, trotz zahlreicher einflussreicher sozialer Bewegungen wie der Frauenbewegung?

Kamal: Der Hauptgrund ist, dass Bangladesch bisher dem demokratischen Pfad nicht ohne Hindernisse folgen konnte. Von 1975 an gab es eine 15-jährige Phase militärischer Herrschaft. Als Bangladesch 1990 zur Demokratie zurückkehrte, ist der Einfluss des Militärs und der religiösen Fundamentalisten geblieben. Die Gesellschaft bleibt gespalten entlang von Einkommen, Geschlecht und anderer Bruchlinien. Sie ist stark stratifiziert: Es gibt die extrem Armen, die Armen, die Mittelschicht, die obere Mittelschicht und die Oberschicht. Dann sind da noch diverse religiöse Gruppen. Sie sind im Grunde eine Gesellschaftsschicht für sich selbst. Alle diese Gesellschaftsschichten haben unterschiedlichen Zugang zu Rechten und Chancen. Die Ärmern werden täglich mit

„Frauen werden sich zunehmend ihrer Rechte bewusst und wollen diese auch ausüben.“

den Privilegien der Reichen konfrontiert. Die Bildungsunterschiede sind enorm. Einerseits gibt es Menschen, die glauben, die Erde sei durch den Urknall entstanden, andererseits gibt es Menschen, die glauben Gott hätte sie geschaffen. Einerseits gibt es Menschen, die denken, wir seien die Nachfahren der Affen, andererseits gibt es Menschen, die denken, wir wären die Nachfahren von Adam und Eva. Diese Menschen können sich nicht miteinander identifizieren und haben auch keine gemeinsamen Themen. Die Unterschiede werden durch ein diskriminierendes Bildungssystem, die Wirtschaft und unterschiedliche soziale Chancen begünstigen. Das ist der Grund dafür, dass trotz der Frauenbewegung Diskriminierung und Unterschiede Teil unseres Lebens bleiben.

NETZ: Frauen spielen eine herausragende Rolle für den ökonomischen Fortschritt in Bangladesch. Insbesondere durch ihre Arbeit in der Bekleidungsindustrie und als Zielgruppe von Entwicklungsprojekten. Hat dies die soziale und rechtliche Lage von Frauen verändert?

Kamal: Viele Frauen werden jetzt als Familienmitglieder wahrgenommen, die zum Einkommen beitragen und sie werden von Entscheidungsträgern aus der Wirtschaft ernstgenommen. Zudem wurden viele Gesetze verabschiedet, die ihre Rechte schützen. Das Problem ist, dass die Gesetze kaum umgesetzt werden. Frauen müssen dafür kämpfen, wenn sie ihre Rechte in Anspruch nehmen wollen.

NETZ: Was tut die Regierung Bangladeschs gegen die weitver-

breitete Diskriminierung von Frauen?

Kamal: Die gegenwärtige Regierung nimmt die Bedürfnisse der Frauen durchaus ernst und begegnet ihren Forderungen mit Respekt. Unglücklicherweise ist die Geschlechterpolitik Bangladeschs auf Kompromisse mit konservativen Gruppen und religiösen Fundamentalisten angewiesen. Einerseits wird den Frauen Unterstützung zugesagt, andererseits wird zurückgerudert, wenn es um handfeste rechtliche oder staatliche Unterstützung geht. Die Regierung wird immer wieder von religiösen Fundamentalisten unter Druck gesetzt – nicht nur von Muslimen, sondern beispielsweise auch von Hindus.

NETZ: Wie bewerten sie den Austausch von Frauenrechtsaktivisten aus den ländlichen Gebieten mit Politikern?

Kamal: Die NGOs sind hier der Katalysator. Die meisten NGOs arbeiten hauptsächlich im ländlichen Bereich und führen Projekte auf der Graswurzeleben durch. Sie sind die Fürsprecher der Frauen und helfen ihnen dabei, von lokalen Politikern wahrgenommen zu werden. Manchmal fehlt ihnen die Kapazität für Lobbyarbeit mit der nationalen Politik, aber dann können sie von verschiedenen NGOs Unterstützung erhalten. ASK arbeitet in ländlichen Regionen und es gibt viele weitere Organisationen, die das tun. Sie helfen den Menschen, sich als Menschenrechtsverteidiger zu organisieren. Auf nationaler Ebene helfen sie ihnen dann, sich mit nationalen Politikern auszutauschen.

NETZ: Gibt es einen Weg, wie die internationale Gemeinschaft Frauen in Bangladesch bei der Wahrnehmung ihrer Rechte unterstützen kann?

Kamal: Zuerst muss die internationale Gemeinschaft unseren Kampf für eine pluralistische, multikulturelle, demokratische Gesellschaft verstehen, in der für jeden das gleiche Recht gilt, unabhängig von Religion, Klasse, Geburtsort und Geschlecht. Ein Großteil der Zivilgesellschaft kämpft für einen säkulareren Staat. Wir glauben, dass Religion Privatsache ist. Wir wollen nicht, dass der Staat oder religiöse Fundamentalisten sich in unser Leben einmischen. Die internationale Gemeinschaft scheint ihre eigenen Methoden zu haben, um die Situation zu evaluieren und zu bewerten. Aber wenn sie unseren Kampf verstehen, können wir Hand in Hand arbeiten. Denn viele Mitglieder der internationalen Gemeinschaft haben dieselben Ziele wie wir. Wir glauben an die internationale Gemeinschaft und ihre Institutionen, denn es sind auch unsere Institutionen. Wir sind schließlich ein Teil dieser Gemeinschaft.

Das Gespräch führte der NETZ-Freiwillige Benjamin Kühne in Dhaka.

Globale Entwicklung nach 2015

Gerechtigkeit, Gleichheit und Inklusion

müssen auf die Tagesordnung

Text: Faustina Pereira | Übersetzung: Benjamin Kühne

Im Juli 2012 verkündete UN-Generalsekretär Ban Ki-moon die Einberufung eines hochrangigen Gremiums, mit der Aufgabe eine post-2015 Entwicklungsagenda zu entwerfen. Dann laufen die Millenniumsentwicklungsziele (Millennium Development Goals, MDGs) aus. Zu diesem Zweck hält das Gremium weltweit ausführliche Konsultationen mit diversen Akteuren ab.

Neben diesem Prozess zum Entwurf einer post-2015 Agenda, hat der Generalsekretär einen Konsultationsprozess zu Nachhaltigen-Entwicklungszielen (Sustainable Development Goals, SDGs) angeregt. Diese Ziele sollen auf den MDGs aufbauen und Vorschläge enthalten, wie Nachhaltigkeit in ökonomische Entwicklung eingebettet sein kann. Seit dem Rio+20 Gipfel, der im Zeichen der Schaffung von Arbeitsplätzen sowie der Förderung des Wirtschaftswachstums und der wirtschaftlichen und sozialen Stabilität stand, haben die Stimmen für mehr Nachhaltigkeit an Bedeutung gewonnen.

Die Entwürfe der SDGs und der post-MDGs gehören gegenwärtigen zu den bedeutendsten Prozessen, um die globale Entwicklungsagenda nach 2015 zu gestalten. Sie werden enormen Einfluss auf Wachstum, Verteilung von Hilfsgeldern und die Ausgestaltung von Entwicklungsprogrammen ha-

ben. Viele Länder, Experten aus Politik und Zivilgesellschaft versuchen, diesen Prozess zu beeinflussen. Da Bangladesch bei der Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele große Erfolge vorzuweisen hat, muss es auf eine gewichtige Rolle in diesem Prozess drängen. Denn so positiv die Erfolge Bangladeschs und anderer Entwicklungsländer in einer ähnlichen Situation auch sein mögen, es ist nicht die Zeit sich auf dem Erreichten auszuruhen. Vielmehr muss die Energie darauf verwendet werden, die Erfolge nachzuhalten und neue Ziele zu erreichen. Die vielversprechendste Option ist, auf den aktuellen MDGs aufzubauen und sich Ziele zu stecken, die darüber hinausgehen.

Fehlende Perspektive

Einer der zentralen Kritikpunkte an den derzeitigen MDGs ist, dass diese lediglich die Symptome von Armut und Unterentwicklung bekämpfen, die tieferliegenden Gründe aber ignorieren. Ihnen fehle ein Ansatz, der gezielt auf die Verwirklichung und Durchsetzung von



Foto: Kai Fritze

Müssen in Bangladesch auch wegen ihrer Herkunft, nicht nur aufgrund ihres Geschlechtes für ihre Rechte kämpfen: indigene Frauen.



Interaktive Theatervorstellungen werden von Theatergruppen genutzt, um Bewusstsein für Menschenrechtsthemen und soziale Gerechtigkeit zu schaffen.

Rechten und die Veränderung von diskriminierenden Machtstrukturen hinwirkt. Dadurch werden nach Meinung der Kritiker die Verbindungen zwischen Lebensrealitäten und den Ergebnissen der Entwicklungszusammenarbeit verschleiert. Das derzeitige Modell setze ökonomischen Fortschritt mit gesellschaftlichem Fortschritt gleich.

Um diesem fehlenden Aspekt entgegenzuwirken, muss für das nächste Programm der MDGs und SDGs ein stark veränderter Ansatz gewählt werden. Voraussetzung dafür ist zunächst ein Verständnis für die tieferen Gründe und die Faktoren zu entwickeln, die einer nachhaltigen Entwicklung im Wege stehen. Dafür sollten folgende drei Aspekte im laufenden Entwicklungsprozess der post-2015 Agenda berücksichtigt werden.

1. Anerkennung der Menschenrechte, die Gleichheit der Geschlechter, der Zugang zu Rechtsstaatlichkeit und die gezielte Stärkung der Ärmsten, als existenzielle Grundlage für jede nachhaltige Entwicklungsstrategie.

2. Anerkennung der vielschichtigen Zusammenhänge, die sich auf das individuelle Wohlergehen auswirken: Ökonomischer Fortschritt trägt nicht zur Beseitigung von Ungleichheit, Diskriminierung und Exklusion bei, darum müssen diese Aspekte sowie die kulturelle Vielfalt adressiert werden.

3. Anerkennung der Notwendigkeit fundamentaler Reformen des internationalen Finanzsystems, um die Entwicklungsländer dabei zu unterstützen, ihre ökonomischen und sozialen Ziele zu erreichen.

Einige regionale Prozesse, besonders Süd-Süd-Dialoge zu den MDGs, haben diese Defizite ebenfalls erkannt. Die im Dezember 2012 veröffentlichte Dhaka Deklaration wurde von Parlamentariern und Mitgliedern der Zivilgesellschaft gemeinsam erarbeitet. Sie enthält sowohl Vorschläge zur beschleunigten Erreichung der MDGs, als auch viele wichtige Punkte, um die post-2015 Agenda zu gestalten. Klarer als jede andere derartige Erklärung verdeutlicht

sie, dass die Formulierung einer globalen Entwicklungsagenda auf den Lektionen aus den MDGs und anderer internationaler Entwicklungsagenden basieren muss. Zudem muss das Prinzip der Geschlechtergleichheit als zentraler Punkt beinhaltet sein. Nicht losgelöst, sondern auch als Teil der Menschenrechte, der demokratischen Regierungsführung und einer nachhaltigen Entwicklungspolitik.

Somit zeigt die Dhaka Deklaration ein zentrales Defizit der MDGs auf. Diese sind insbesondere auf ökonomische Entwicklung fixiert und schenken der sozialen Stärkung und dem Zugang zu Rechten zu wenig Aufmerksamkeit. Um diesen Mangel zu beheben, ist zunächst ein Perspektivwechsel nötig: Menschliche Entwicklung ist mehr als die Sicherung des Existenzminimums und des ökonomischen Überlebens. In einem ganzheitlichen Ansatz müssen Bedürfnisse mit effektiven Verteilungsmechanismen zu Rechten und Dienstleistungen befriedigt werden. Ökonomisches Empowerment allein verliert seine Bedeutung, wenn

wir vergessen, die Vielschichtigkeit der Zusammenhänge zu berücksichtigen. Geschlecht, Bildung, Einkommen, Klasse, Alter, Wohnort, Religion, Ethnizität, sexuelle Orientierung, eine Behinderung und vieles mehr sind Faktoren, die bestimmen, ob wir von ökonomischer Entwicklung profitieren.

Neue Entwicklungsagenda

Empirische Studien zeigen, dass durch Investitionen in Frauen und ihre gezielte Förderung in Entwicklungsvorhaben Erfolge auf verschiedenen Ebenen erzielt werden können. Diese Erfolge beginnen im eigenen Haushalt und setzen sich in den Gemeinden und auf der nationalen Ebene fort. Wenn man beispielsweise Bangladeschs bemerkenswerte Reduzierung der Müttersterblichkeitsrate bei der Geburt analysiert wird klar, dass sich die vor einem Jahrzehnt getätigten Investitionen in die weiterführende Schulbildung von Mädchen bezahlt macht.

Weltweit kann beobachtet werden, dass Fortschritt auf nationaler Ebene mit der zunehmenden Grundschulbildung und Partizipation von Frauen auf dem Arbeitsmarkt einhergeht. Jetzt ist es nötig, über die Erfüllung der Grundbedürfnisse von Frauen hinauszugehen. Ihre Stimmen, als Inhaberinnen von Rechten an diesen Entwicklungsaktivitäten, müssen gestärkt werden.

Ein Verständnis dafür zu entwickeln, weshalb die post-2015 Entwicklungsagenda auf Geschlechtergerechtigkeit fokussieren muss, ist von zentra-

ler Bedeutung. Die Beweislage ist eindeutig: Trotz jahrzehntelanger Entwicklungseingriffe, sind es Frauen, die immer noch die Mehrheit der Armen auf der Welt ausmachen. Zudem ist belegt, dass die Ungleichheit der Geschlechter bisher das größte Entwicklungshemmnis gewesen ist. Der Zusammenhang zwischen dem Empowerment der Frauen, ihrer gleichberechtigten Teilhabe an Bildungssystem, Arbeitsmarkt, Gesundheitsfürsorge, Entscheidungsprozessen und Entwicklungsergebnissen, hat sich bereits etabliert. Diese Erkenntnisse sollten die treibende Kraft hinter der Ausarbeitung neuer globaler Entwicklungsziele sein.

Über 2015 hinaus

In seiner Veröffentlichung von 2010 „Millenniumsentwicklungsziele für die Reichen?“ übt David Sogge vom Transnational Institute scharfe Kritik an den Vereinten Nationen und den Industrieländern, welche bisher die globale Entwicklungsagenda maßgeblich definieren. Er wirft diesen vor, zu wenig dafür zu tun, um das 8. Millenniumsziel zu erreichen. Dieses verlangt ihnen unter anderem ab, einen bestimmten Prozentsatz ihres Bruttoinlandsproduktes in eine globale Partnerschaft für Entwicklung zu investieren. Wenn die globale Entwicklungspolitik die Entwicklungsländer weiter dazu drängt, Ergebnisse zu Indikatoren wie Armut, Gesundheit, Bildung, Wasser, Sanitäreinrichtungen und ökonomischer Entwicklung zu liefern, während kritische Themen wie Ungleichheit, Diskriminierung und Ausbeutung ausgespart werden, wird das Er-

reichen der MDGs so schwierig wie eine Rolltreppe hoch zu laufen, die nach unten fährt, so die Einschätzung Sogges.

Entwicklungsländer wie Bangladesch, die bereits bewiesen haben, dass die MDGs einen wichtigen Rahmen für die Entwicklung setzen, müssen Gebernationen zur Verwirklichung des letzten Ziels drängen. Die Verwirklichung der sieben anderen Ziele könnte sonst verspielt werden. Das soll nicht bedeuten, dass die Entwicklungsländer auf eine Mitleidsagenda drängen sollen. Vielmehr sollte das Beispiel Bangladeschs beachtet werden: Es zeigt, dass eine auf den MDGs basierende nationale Entwicklungsstrategie, die von außen gefördert wird, der beste Weg ist, um die Ambitionen menschlicher Entwicklung zu fördern.

Der hier in einer bearbeiteten Fassung abgebildete Artikel erschien erstmals am 4. Februar 2013 im Daily Star Forum unter dem Titel „Bringing Justice, Equality and Inclusion to the Global Development Agenda Beyond 2015“.

Faustina Pereira ist Anwältin für Menschenrechte und leitet die Abteilung für Menschenrechte und Rechtsbeihilfe bei der NGO BRAC.



Besorgniserregende Sichtweisen

Die UN-Sonderberichterstatterin über Gewalt gegen Frauen, ihre Ursachen und Konsequenzen zur Situation in Bangladesch

Text: Rashida Manjoo | Übersetzung: Benjamin Kühne

Während meines Besuches vom 19. bis zum 29. Mai 2013 in Bangladesch habe ich von staatlichen wie von nichtstaatlichen Akteuren viele Informationen über die vielfältigen Erscheinungsformen von Gewalt gegen Frauen, die Ursachen und die Konsequenzen erhalten. Mit Besorgnis habe ich festgestellt, dass patriarchalische Einstellungen sowie stereotype Sichtweisen auf die Rolle und Aufgaben der Frau weiterhin vorherrschen. Solche Einstellungen und Verhaltensweisen führen dazu, dass die Diskriminierung von Frauen und Mädchen fortbesteht und tragen dazu bei, dass weiterhin Gewalt gegen sie verübt wird.

Die häufigste Form der Gewalt gegen Frauen in Bangladesch ist häusliche Gewalt. Zirka 60% der verheirateten Frauen berichten, dass sie Gewalt durch ihre Ehemänner oder angeheirateten Verwandten erfahren haben. Andere Formen der Gewalt beinhalten verschiedene Formen der sexuellen Gewalt, beispielsweise Vergewaltigung und sexuelle Belästigung in der Öffentlichkeit. Von Diskriminierung und Gewalt gegen Frauen auf Grund von Ethnie, Kaste, indigener Herkunft, Behinderung oder Arbeit wird ebenfalls oft berich-

tet. Ebenso mitgiftbedingte Gewalt, Zwangs- oder Frühehen, Säureattentate, psychologische Gewalt durch den gesetzlichen Vormund, ökonomische Ausbeutung und Verschleppung über Grenzen hinweg. Schädliche religiöse Praktiken sind ebenfalls häufig.

Gesetze und institutionelle Mechanismen

Mich besorgen die Vorbehalte Bangladeschs in Bezug auf die Artikel 2 und 16.1 der UN-Konvention zur Beseitigung jeder Form der Diskriminierung der Frau. Sie beziehen sich auf die grundlegende Verpflichtung des Staates, zur Beseitigung der Diskriminierung von Frauen unter dem Gesetz (Art. 2) beziehungsweise auf die Beseitigung von Diskriminierung in der Ehe und der Familie (Art. 16). Solche Vorbehalte sind mit der Konvention und ihrem Zweck unvereinbar und nach internationalem Recht unzulässig. Daher sollten sie zurückgezogen werden. Die Verfassung von Bangladesch garantiert gleiche Rechte für Frauen und Männer, allerdings nur in Sphären des Staates und der Öffentlichkeit, nicht aber im Privaten. Der konstitutionelle Schutz

der Gleichheits- und Antidiskriminierungsrechte muss auf alle Bereiche ausgeweitet werden. Einige Anstrengungen wurden unternommen, um Frauen zu stärken und ihre politische Partizipation zu steigern, beispielsweise durch eine Quotenregelung. Ich finde es ermutigend zu sehen, dass hochrangige Ämter von Frauen bekleidet werden. Trotzdem besetzen Frauen lediglich 20% der Sitze im Parlament.

Die Rolle zivilgesellschaftlicher Organisationen ist besonders hervorzuheben. Sie stellen sich fortwährend in den Dienst der Opfer von Gewalt. Sie bieten Beratung, Rechtshilfe, Obdach, Mikrokredite und andere Möglichkeiten Einkommen zu erwirtschaften an. Die grundsätzliche Verpflichtung, sich mit Eifer für die Beseitigung der Gewalt gegen Frauen einzusetzen, bleibt jedoch in der Verantwortung des Staates. Ich gratuliere der Regierung Bangladeschs dafür, dass sie es geschafft hat, Geschlechterparität in den Grundschulen und der weiterführenden Schulbildung herbeizuführen. Diese positive Entwicklung wurde beispielsweise durch Stipendien oder die Befreiung von Einschreibgebühren für Mädchen in ländlichen Gegenden möglich



Foto: Niko Richter

gemacht. Mich besorgen jedoch viele Dinge, die besonders bei Mädchen in ländlichen Gegenden weiterhin zu hohen Abbruchquoten führen: nichtregulierte religiöse Bildungseinrichtungen, die schädliche Stereotype verbreiten, Armut, Frühehen, Sicherheitsprobleme, das Anhalten von Gewalt gegen Mädchen, Belästigung sowohl durch Lehrer als auch durch Mitschüler und das Fehlen von geeigneten Toiletten für Mädchen. Fortwährende sexuelle Belästigung in den Schulen erzeugt große Bedrängnis und hat neben Schulabbrüchen sogar schon zu Selbstmorden geführt.

Klüfte und Herausforderungen

Diskriminierung und Gewalt gegen Frauen setzen sich in Gesetz und Praxis fort. Zum Beispiel in

Bangladeschs Zivilgesetz. Bezüglich Eheschließung, Trennung und Scheidung sieht es unterschiedliche Regelungen für unterschiedliche religiöse Gruppen vor. Männer haben zuweilen größere Befugnisse als Frauen. Viele Stimmen fordern von der Regierung die Einführung eines einheitlichen Familiengesetzes, das die Gleichbehandlung aller Bürgerinnen und Bürger fördert.

Zudem fehlt in Fällen von Gewalt gegen Frauen in der Regel eine effektive Umsetzung bestehender Gesetze. Obwohl es ein Strafgericht gibt, das mit Gewalt gegen Frauen und Kinder betraut ist, zögern viele Frauen vom Rechtssystem Gebrauch zu machen. Sie bemühen sich eher um eine alternative Konfliktlösung wie Schlichtungs- und Vermittlungsverfahren. Die Gründe beinhalten die Verzögerung von Gerichtsprozessen, Angst

Ministerpräsidentin Sheikh Hasina ist eine von wenigen Ausnahmen: Frauen haben nur knapp 20 Prozent der Parlamentssitze inne.

vor Vergeltung, Mangel an frauenfreundlichen Polizisten und Angst vor sozialer Stigmatisierung. Negativ wirkt sich auch aus, dass Berichterstattung, Dokumentation und die Sammlung von Beweisen oft so mangelhaft sind, dass sich Fälle nicht darauf stützen lassen. Ich hoffe, dass die Nationale Rechtshilfe Service Organisation (Anm. d. Red.: die staatliche Institution berät kostenfrei in Rechtsfragen) dabei hilft, diejenigen, die die Rechte von Frauen verletzen, effektiv zur Verantwortung nach dem geltenden Recht zu ziehen.

„Mit Besorgnis habe ich festgestellt, dass patriarchalische Einstellungen sowie stereotype Sichtweisen auf die Rolle und Aufgaben der Frau weiterhin vorherrschen.“

Über die Menschenrechtssituation von indigenen Minderheiten wurde ich in zahlreichen Treffen informiert. Die Frauen leiden unter vielfältigen Formen von Diskriminierung. Gewalt gegen indigene Frauen wird von Siedlern als Taktik angewandt, um ihnen Angst zu machen und sie von ihrem Land zu vertreiben. Dies hat in manchen Fällen zu Landlosigkeit geführt.

Aus dem Kutupalong-Flüchtlingscamp wird von sexueller und geschlechtsbezogener Gewalt berichtet. In dem Camp in Cox's Bazar leben Rohingya (Anm. d. Red.: eine muslimische Volksgruppe in Birma). Regierungsbeamte verweigerten mir, die Situation vor Ort zu überprüfen.

Besorgniserregend ist zudem, dass die existierenden Programme darauf ausgelegt sind, Frauen in den Bereichen ökonomisch zu stärken, die traditionell als für Frauen „geeignet“ gelten. Dadurch werden geschlechterbasierte Stereotype in der Arbeitswelt aufrechterhalten. Ein Großteil der Arbeitskräfte im informellen Sektor, hauptsächlich in Textilfabriken, in der Hausarbeit, in der Garnelenzucht und in anderen Niedriglohnsektoren, sind Frauen. Die Arbeitsbedingungen, unter denen Frauen arbeiten, sind schlecht. Die Situation wird durch mangelnden Arbeitnehmerschutz im Arbeitsrecht verschlimmert. Dadurch steigt die Verwundbarkeit für Missbrauch und Ausbeutung. Migration von Frauen ins Ausland, um dort als Hausangestellte zu arbeiten, erhöht die Ausbeutung inner- und außerhalb Bangladeschs.

Im Hinblick auf das derzeitige schnelle Wirtschaftswachstum Bangladeschs, ist es dringend erforderlich, Praktiken entgegenzuwirken, die die Sichtweise fördern, dass Frauen billige Arbeitskräfte bestimmter Berufsgruppen sind. Es müssen Möglichkeiten in Sektoren geschaffen werden, in denen Frauen derzeit unterrepräsentiert sind. Das würde dabei helfen, den Kreislauf von Armut und Entmachtung zu durchbrechen und ihnen gleichberechtigte Berufschancen jenseits der Subsistenzwirtschaft zu eröffnen.

Zusammenfassend bleibt festzuhalten, dass es zwingend notwendig ist, dass der vielschichtigen und verschiedenen Bereiche betreffenden Diskriminierung von Frauen gezielt entgegenge wirkt wird. Ich kann nur betonen, dass es eines ganzheitlichen Lösungsansatzes bedarf, der beides adressiert: die individuelle Stärkung von Frauen und ebenso die sozialen, ökonomischen und kulturellen Barrieren, die die Realität ihres Lebens bestimmen.

Rashida Manjoo wurde im Juni 2009 vom UN-Menschenrechtsrat als Sonderberichterstatterin der Vereinten Nation über Gewalt gegen Frauen, ihren Ursachen und Konsequenzen berufen. Sie ist in Teilzeit als Professorin am Fachbereich für Öffentliches Recht an der Universität von Kapstadt tätig.





Foto: Zahidul Karim Salim

Das Unglück von Savar

1.133 Tote, um der Welt die Augen zu öffnen

Text: Dr. Raquib Ahmed | Übersetzung: Ursula Hiemenz

Am 24. April 2013 erlebte Bangladesch eine Katastrophe, die die Nation und die gesamte Weltöffentlichkeit erschütterte. 1.133 Menschen starben, Tausende wurden verletzt, als ein neunstöckiges Gebäude, in dem sich mehrere Textilfabriken befanden, in sich zusammenstürzte. Die Mehrheit der unter den Trümmern begrabenen Opfer war weiblich und sehr jung, zwischen 15 und 30 Jahren. Das Unglück rief viele Fragen auf, unter anderem, ob Indust-

rieländer Verantwortung im Zusammenhang mit der Katastrophe übernehmen müssen.

Die Textil- und Bekleidungsindustrie in Bangladesch begann in den frühen 1980er Jahren zu wachsen, als die Lohnkosten in Europa und Nordamerika schnell anstiegen. Zeitgleich führten Produktionsvorteile zur Verschiebung einiger arbeitsintensiver Industriezweige vom globalen Norden in die Länder des Südens. Bangla-

Schlechte Arbeitsbedingungen und unzureichender Arbeitnehmerschutz in der Textilindustrie haben vor allem schlimme Folgen für Frauen: sie besetzen etwa 90% der Stellen in der Branche.

desch stieg umgehend in den Textilsektor ein, auch um sich von im Unabhängigkeitskrieg entstandenen wirtschaftlichen Rückschlägen zu erholen. Vorteilhaft waren technologische Einfachheit, vergleichsweise niedrige Investitionen sowie die Verfügbarkeit einer Vielzahl billiger lokaler Arbeitskräfte, insbesondere junge Frauen. Die weit verbreitete Armut unterstützte den Prozess. Heute sind vier Millionen Menschen an der Produktion von Kleidung be-

Was passiert nach Savar?

Brandschutzabkommen

Über 70 internationale Konzerne einigten sich Anfang Juli 2013 auf ein Abkommen für den Gebäude- und Brandschutz: Experten werden Nähfabriken unter die Lupe nehmen, geprüft wird unter anderem die Sicherheit der Elektroinstallation und die Eignung der Fluchtwege. Bei akuter Gefahr sollen Fabriken geschlossen werden. Zu den Unterzeichnern zählen viele bekannte deutsche und europäische Anbieter darunter Adidas, C&A, Karstadt, Metro und Tchibo. Eine Liste der Fabriken soll öffentlich zugänglich gemacht werden. Die US-amerikanische NGO Fair Factories Clearinghouse sorgt für die Aktualität der Daten.

Gewerkschaftsgesetz

Ein am 15. Juli 2013 verabschiedetes Gesetz sieht unter anderem vor, Gewerkschaften gründen zu dürfen. Auch die Rechte von Gewerkschaften und Gewerkschaftsmitgliedern wurden gestärkt. Darüber hinaus sollen Unternehmer einen Fonds einrichten, um die Lebensumstände der Arbeiterinnen zu verbessern. Firmen müssen zukünftig 5% ihrer Gewinne verwenden, um Sozialleistungen für ihre Angestellten zu bezahlen. Menschenrechtsorganisationen würdigen das verbesserte Arbeitsgesetz. Gleichzeitig zeigen sie sich aber enttäuscht, dass die Regierung eine einmalige Gelegenheit versäumt habe, die Rechte der Arbeiterinnen per Gesetz in Gänze zu stärken. Hinsichtlich der Bildung von Gewerkschaften sei das Gesetz immer noch nicht frei von Restriktionen. Zudem würden durch schwammige Formulierungen Türen für einen Missbrauch des Gesetzes geöffnet.

Entschädigungszahlungen

Am 11. und 12. September 2013 fanden in Genf Verhandlungen über Entschädigungszahlungen statt. Von 29 eingeladenen Marken- und Zulieferfirmen nahmen nur elf Unternehmen an den Verhandlungen teil, darunter KiK, Primark und C&A. Ferngeblieben sind unter anderem Adler Modemärkte, Benetton, Mango und NKD. Die Zugeständnisse der Unternehmen bei den Verhandlungen waren begrenzt. Generell wurde einem Entschädigungsfonds zugestimmt und ein Komitee gegründet, das diesen voranbringen soll. Konkrete Entschädigungssummen wurden nicht vereinbart, auch nicht für Soforthilfe. Ein weiteres Treffen, für das es bisher noch keinen Termin gibt, soll eine Einigung bringen.

Mindestlohn

Nach umfangreichen Streiks und Demonstrationen von Angestellten in der Textilbranche stimmten Arbeitgeber am 13. November 2013 der Anhebung des monatlichen Mindestlohns zu. Dieser soll von derzeit knapp umgerechnet 30 Euro im Monat auf 51 Euro angehoben werden und ab dem 1. Dezember in Kraft treten. Zuvor waren zahlreiche Fabriken für mehrere Tage geschlossen worden, um weitere Gewalt infolge von Protesten zu vermeiden. Bei Zusammenstößen mit der Polizei wurden laut Berichten bis zu 30 Menschen verletzt.

teilt, 60% von ihnen sind junge Frauen (Anm. d. Red.: 90% aller Angestellten in der Textilbranche sind Frauen). Für sie bedeutet ein eigenes Einkommen die Chance, geschlechtsspezifische Ungleichheiten zu überwinden.

Einnahmen aus dem Textilsektor machen 80% des Bruttoinlandsproduktes aus. Nach China ist Bangladesch zweitgrößter Textilproduzent der Welt. Dort produzierte Kleidung ist in fast allen westlichen Geschäften erhältlich. Zugleich ist der internationale Markt eine ständige Herausforderung. Vor kurzem traf ich eine ehemalige, aus Deutschland stammende Studentin von mir. Sie erzählte mir, dass sie auf einer in Deutschland gekauften Hose Blutflecken entdeckt hat. Die Hose wurde in Bangladesch produziert. Während ihres Aufenthalts dort besuchte sie mit meiner Unterstützung viele Textilfabriken. Sie kennt die Situation hinter der Textilproduktion und hat viele von Armut angetriebene Arbeiter gesehen. Die weit verbreitete Verzweiflung weiblicher Arbeiterinnen hat sie sehr berührt, ebenso ihr hohes Engagement für Wirtschaftswachstum. Um ihr schlechtes Gefühl loszuwerden, wollte sie zunächst die Hose wegwerfen. Sie war dazu aber nicht in der Lage. Denn Sie weiß, dass junge Mädchen in ihrem Alter diese in Bangladesch für nur wenige Cents hergestellt haben. Junge Frauen, die fast nichts für ihre harte Arbeit erhalten. Gewinne gehen an lokale Fabrikbesitzer, multinationale Handelsketten und das ungerechte Wirtschaftssystem. Nicht nur für die junge deutsche Frau eine unangenehme Situation. Auch für diejenigen, die durch Menschenrechtsorganisationen, Kirchen und andere

sozialen Gruppen für die Thematik sensibilisiert wurden. Ein bekanntes Beispiel ist die Kampagne für Saubere Kleidung, die sich für eine Stärkung der sozialen Dimension der Globalisierung einsetzt.

In Bezug auf den verheerenden Gebäudeeinsturz sollte jedoch auch berücksichtigt werden, wie schnell die Sicherheitskräfte und freiwillige Helfer auf den Einsturz reagierten. Selbst mit begrenzten technischen Ressourcen haben sie eingeschlossene Menschen evakuiert. Ohne sie wäre die Todesrate sicherlich doppelt so hoch gewesen. In Bangladesch zeigt sich, dass eine Veränderung hinsichtlich Einstellung, sozialem Bewusstsein und nationalem Engagement begonnen hat.

Es wäre nicht klug, die Schuldigen für das Unglück nur an einer Stelle in der Produktions-Konsum-Kette zu suchen. Wirtschaftlicher Nutzen und Verhandlungsmacht bei Kauf- und Produktionspreisen sind Schlüssel für wirtschaftliches Wachstum. Viele große Konzerne konkurrieren nicht nur um Gewinne, sondern kämpfen um ihr Überleben. Auch das ist ein Grund, warum viele nach den billigsten Produzenten Ausschau halten, ohne darauf Rücksicht zu nehmen, wie ihre Ware produziert wird. Es ist aber auch wichtig, im Auge zu behalten, dass diese Handelsketten zum deutlichen Wirtschaftswachstum Bangladeschs beitragen, und damit auch zum Wohlstand und der steigenden Anzahl arbeitender Frauen in den letzten Jahrzehnten. Bangladesch erhielt seine starke Position im umkämpften Textilmarkt nicht aufgrund technologischer Stärke, sondern ironischerweise spielten billige Arbeitskräfte, resultierend

aus umfangreicher Armut, eine entscheidende Rolle. Parallel dazu führte die zunehmende Entwicklung anderer in der Textilindustrie tätigen Länder zur Erhöhung lokaler Lohnkosten. Obwohl Bangladesch dadurch indirekt von steigenden Einkommen anderswo profitiert hat, arbeitet der Textilsektor unter einem starken Konkurrenzdruck, um den Produktionspreis zu verringern.

Ein wichtiger Aspekt sind die Fabrikbesitzer. Eine neue Generation bangladeschischer Industrieller, die ihre Geschäfte unter instabilen politischen Bedingungen führen, was sie oft zu schnellen Profiten antreibt. Einige von ihnen sind rücksichtslos. Ihr Ziel ist die Erzielung sofortiger Gewinne, nicht die Sicherheit und das Wohlergehen ihrer Arbeiter. Lokale Kosten werden durch noch geringere Zahlungen an arme Arbeiter, von denen die Mehrheit junge Mädchen sind, reduziert. Sie verdienen 30 Euro im Monat oder noch weniger. Eine Verbesserung der Arbeitssicherheit in den Produktionsstätten kostet laut einer Studie nur wenige zusätzliche Euro-Cents pro Kleidungsstück. Aber sind die Konsumenten bereit, diese Mehrkosten zu tragen? Zudem können ein paar Cents entscheidend sein, wo Unternehmen produzieren lassen. Als globaler Wettbewerber müssen Bangladeschs Firmen vorsichtig sein. Es gibt großen Druck, pünktlich zu liefern und oft durch lokale politische Probleme verursachte Verzögerungen. Diese können häufig nur durch zusätzlichen Druck auf die Angestellten im Textilsektor ausgeglichen werden.

Die Lösung des Problems ist schwierig. Einerseits willigten die irische Billigkette Primark und

andere Unternehmen ein, einen Fonds in Höhe von umgerechnet knapp 22,5 Millionen Euro für die Opfer und zur Verbesserung der Sicherheitsmaßnahmen einzurichten. Andererseits leugneten andere Konzerne ihre Geschäftsbeziehungen mit Bangladesch schlichtweg. Das ist zwar seltsam, mag aber aus der am Gewinn orientierten Sicht der Unternehmen sinnvoll sein, da es Kunden vielleicht in Verlegenheit bringen würde – die unangenehme Seite des kapitalistischen Wirtschaftssystems. Um Nachhaltigkeit zu gewährleisten, sind Änderungen im Rahmen eines gemeinsamen und allgemein akzeptierten Systems notwendig. Nur dann kann eine verbesserte „Beziehung“ zwischen den Verbrauchern auf der ganzen Welt und den Herstellern auf lokaler Ebene, insbesondere den Arbeiterinnen, erreicht werden. Konsumenten sollten stolz sein, ein Produkt aus Bangladesch zu kaufen, das unter sozial vertretbaren Bedingungen produziert wurde. Industrie und nationale Wirtschaft können nicht nur durch Mitgefühl anderer wachsen, sondern sind von der intensiven Beteiligung und starken emotionalen Unterstützung derer abhängig, die die Last auf ihren Schultern tragen: die Millionen in Fabriken arbeitenden Frauen und Männer.

Dr. Raquib Ahmed ist Professor am Institut für Umweltwissenschaft an der Universität Rajshahi in Bangladesch.



Verhaftung

Am 10. August 2013 wurde Adilur Rahman Khan, Geschäftsführer der Menschenrechtsorganisation Odhikar, verhaftet. Am 30. Oktober wurde er auf Kaution wieder entlassen. Anlass für die Verhaftung war ein von Odhikar erstellter Bericht. In diesem heißt es, dass 61 Menschen während der Ausschreitungen zwischen Sicherheitskräften und Anhängern der islamistischen Bewegung Hefazat-e Islam in Dhaka am 5. und 6. Mai 2013 gestorben seien. Die Regierung hatte zunächst von deutlich weniger Todesfällen berichtet. Die Verhaftung Khans wurde von mehreren nationalen sowie internationalen Organisationen scharf verurteilt. Diese fordern seine sofortige Freilassung. Nationale Menschenrechtsverteidiger sehen in seiner Verhaftung das Bemühen der Regierung, kritische Stimmen zu Menschenrechtsverletzungen und der Einschränkung der Meinungsfreiheit vor den anstehenden Parlamentswahlen verstummen zu lassen.

Registrierung entzogen

Der Oberste Gerichtshof Bangladeschs urteilte am 1. August 2013, dass die Registrierung der Jamaat-e-Islami als Partei illegal sei und daher entzogen werden müsse. Die Partei verstoße in ihren Grundsätzen gegen die bangladeschische Verfassung, da sie unter anderem die Einführung des islamischen Rechtssystems an-

strebe und die repräsentative Demokratie des Landes nicht anerkenne. Laut Aussagen der Generalstaatsanwaltschaft sei zudem durch die Verhandlungen der Kriegsverbrechertribunale festgestellt worden, dass die Jamaat-e-Islami eine kriminelle Organisation sei, weshalb auch ein gänztliches Verbot der Partei bewirkt werden könne. Die Entziehung der Registrierung hat zur Folge, dass die Partei nicht an den für Januar 2014 geplanten Parlamentswahlen teilnehmen kann. Einzelne Politiker könnten jedoch als unabhängige Kandidaten teilnehmen.



Chittagong Hill Tracts

Amnesty International veröffentlichte im August 2013 den Bericht „An den Rand gedrängt“, der sich mit der Situation der indigenen Minderheiten in den Chittagong Hill Tracts befasst. Zudem führte die Organisation eine Petition durch, um sich für die Rechte der indigenen Bevölkerung einzusetzen. In einer Erklärung vom 8. Juli 2013 hatte die internationale Chittagong-Hill-Tracts-Kommission ihre Besorgnis angesichts der zunehmenden Gewalt gegen die indigenen Minderheiten durch Polizei und Sicherheitskräfte zum Ausdruck gebracht.

152 Höchststrafen

Fast fünf Jahre nach dem blutigsten Aufstand Bangladeschs wurde am 5. November 2013 das Urteil gegen 823 angeklagte Grenzsoldaten und 23 Zivilisten gesprochen: Es wurden 152 Todesurteile sowie 161 lebenslängliche Haftstrafen verhängt. 262 Angeklagte wurden mit bis zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt, 171 Personen wurden freigesprochen. Am 25. Februar 2009 hatten sich Mitglieder der Grenzschutzereinheit landesweit gewaltsam gegen ihre Offiziere erhoben. 74 Menschen wurden getötet, darunter 57 Offiziere. Als Hauptgründe für die Meuterei gelten ihre im Vergleich zur regulären Armee schlechte Bezahlung, unzureichende Lebensmittelzuschüsse, kein bezahlter Urlaub und der Ausschluss der Grenzschützer an lukrativen UN-Friedensmissionen im Ausland. Navi Pillay, Menschenrechtskommissarin der Vereinten Nationen, sagte in einer offiziellen Stellungnahme, dass den Urteilen Verfahrensunregelmäßigkeiten voraus gingen. Beispielsweise haben die Angeklagten keinen angemessenen und fristgerechten Zugang zu Rechtsanwälten gehabt. Berichten von Menschenrechtsorganisationen zufolge sollen Inhaftierte gefoltert worden sein.

Meldungen zusammengestellt von:
Insa Bloem.



Foto: Niko Richter

Verhandlungen, Gewalt und Sehnsüchte

Bangladesch kurz vor den 10. Parlamentswahlen

Text: Dirk Saam

Mitte Januar 2014. Dann sollen die Bürger Bangladeschs das 10. Parlament ihres Landes wählen. Doch der Weg dorthin ist einer mit vielen Unwägbarkeiten. Positiv ist: Grundsätzlich sind alle relevanten Parteien interessiert, an den Wahlen teilzunehmen. Negativ ist: Die Rahmenbedingungen sind umstritten, die Wahlvorbereitung und der Wahlkampf werden von Gewalt begleitet.

Noch vor wenigen Wochen hätte man denken können, dass die beiden großen Volksparteien Bangladeschs zu einer Einigung kommen, wie die bevorstehenden Parlamentswahlen vorbereitet und durchgeführt werden. Denn die größte Oppositionspar-

tei Bangladesh Nationalist Party (BNP) hatte ihre Teilnahme an den Wahlen nicht mehr davon abhängig gemacht, ob die Wahlen unter dem 1996 eingeführten System der parteiungebundenen Übergangsregierung vorbereitet und durchgeführt werden. Dieses System, das von der gegenwärtigen Regierung 2011 abgeschafft wurde, sah vor, dass die Regierung ihre Amtsgeschäfte am Ende der Legislaturperiode an eine parteiungebundene Übergangsregierung abgibt. Diese sollte innerhalb von drei Monaten die Parlamentswahlen durchführen. Das System wurde eingeführt, um mögliche Manipulationen durch die Regierung im Zuge der Wahlvorbereitung und -durchführung zu vermei-

Wahlformulare sind mit den Symbolen der Parteien bedruckt, damit auch Menschen, die nicht lesen können, an Wahlen teilnehmen können.

den. So war die BNP zwar von ihrer Forderung abgewichen, dieses System wieder einzuführen, gleichwohl plädiert sie dafür, dass eine neutrale Interimsregierung die Wahlen vorbereitet und durchführt. Dieser dürfe nicht die gegenwärtige Premierministerin Sheikh Hasina vorstehen. Hoffnungen auf Einigung haben aber in jüngster Vergangenheit erhebliche Dämpfer bekommen. Denn am 18. November 2013 setzte die Awami League eine sogenannte „All-Parteien-Übergangsregierung“ unter Vorsitz der Premierministerin ein. Zudem wurden am 10. November fünf führende Politiker der BNP verhaftet. Die Opposition weigert sich, sich an dieser Form einer Übergangsregierung zu be-

teiligen. Die Regierung, so ist aus Oppositionskreisen zu hören, habe so weiterhin Kontrolle über die Behörden, die Polizei, das Justizwesen und die Wahlkommission. Daher könne eine Übergangsregierung unter Vorsitz der Premierministerin keine neutrale Vorbereitung der Wahlen gewährleisten. So scheint die Wahrscheinlichkeit der Durchführung der Parlamentswahlen ohne die BNP gestiegen. Die Awami League bietet der BNP zwar an, jederzeit Teil der All-Parteien-Übergangsregierung sein zu können. Deren Teilnahme unter unveränderten Rahmenbedingungen scheint aktuell jedoch wenig wahrscheinlich.

Finden Wahlen statt?

Das gestiegene Interesse der Opposition an der Durchführung der Wahlen hat zwei gute Gründe. Zum einen konnte die BNP im Sommer vier Kommunalwahlen für sich entscheiden. Zum anderen ergaben landesweite Meinungsumfragen im Juli und September 2013, dass die BNP deutlich vor der Awami League lag. Insbesondere bei den Erstwählern konnte die BNP zulegen; zudem scheinen Wechselwähler zur BNP zurückgekehrt zu sein. Aber auch in Wahlbezirken, die bisher als Hochburgen der Awami League galten, zeichnen sich Kopf-an-Kopf-Rennen ab. Die große Unbekannte: 19% der Wahlberechtigten sind noch unentschlossen.

Die gegenwärtigen politischen Uneinigheiten werden wie üblich von Generalstreiks und Straßenschlachten begleitet. Allein seit der letzten Oktoberwoche wurden im Rahmen von der BNP

ausgerufenen mehrtägigen Generalstreiks offiziellen Berichten zufolge 20 Menschen getötet. Experten rechnen damit, dass es durch die Einsetzung der All-Parteien-Übergangsregierung weitere mit Gewalt einhergehende Demonstrationen geben wird.

Beide Parteien sammeln damit bei ihren potenziellen Wählern wenig Pluspunkte. Viele Menschen wünschen sich friedliche Lösungen von politischen Konflikten. So stieg in den vergangenen Monaten der interne und externe Druck auf die Volksparteien, zu Einigungen zu kommen. Die Shahbag-Bewegung als Symptom der Unzufriedenheit mit existierenden politischen Machtstrukturen hat unter anderem offen gelegt, dass Menschen in Bangladesch andere Vorstellungen politischer Repräsentanz entwickelt haben. In Shahbag kamen unter anderem viele junge Geschäftsleute, Akademiker und Ärzte zusammen, die eine politische Kultur einfordern, in der Entfaltungsmöglichkeiten in Beruf und Alltag nicht mit Amtsmissbrauch, Korruption und parteipolitischer Zugehörigkeit einhergehen. Viele dieser Menschen gehören zu den 19% der unentschlossenen Wähler.

Auch die etablierte Unternehmerschaft hat Druck ausgeübt, faire und freie Wahlen durchzuführen und die Machtübergabe friedlich zu gestalten. Der zunehmend diversifizierte Privatsektor floriert. Aus den ländlichen Gegenden drängt eine besser ausgebildete Generation vom landwirtschaftlichen in den industriellen und den Dienstleistungssektor. Politische Stabilität ist für diese Wählergruppe Grundlage für wirtschaftlichen Erfolg.

Auch dem Militär geht es um politische Stabilität. Zum einen, da es zunehmend als Wirtschaftsfaktor agiert, zum anderen, weil negative Schlagzeilen in Bangladesch möglicherweise Auswirkungen auf das Kontingent der lukrativen und prestigeträchtigen bangladeschischen UN-Blauhelmsoldaten haben könnten.

Die internationale Gemeinschaft bemüht sich im Dialog mit den beiden Volksparteien sicher zu stellen, dass faire Wahlen durchgeführt werden. Diplomaten westlicher Botschaften in Bangladesch hatten Medienberichte zufolge kundgetan, die Durchführung der 10. Parlamentswahlen ohne Teilnahme der BNP nicht mit der Entsendung internationaler Wahlbeobachter zu unterstützen. Mit der Einschränkung, dies doch zu tun, sollte die BNP ein „vernünftiges“ Angebot der Awami League zur Ausgestaltung einer Übergangsregierung ablehnen.

Wahlkampfstrategien

Aktuell ist noch völlig unklar, ob die BNP an den Wahlen teilnehmen wird. Dennoch sind bereits jetzt Wahlkampfstrategien erkennbar, die das Land im Rahmen von Parlamentswahlen in dieser Form noch nicht erfahren hat. Oberflächlich scheint zunächst alles beim Alten geblieben zu sein. So verweist die Regierung natürlich darauf, dass Bangladesch auf dem Weg sei, die Gruppe der ärmsten Länder der Welt zu verlassen und zu jenen elf Ländern gehöre, die Ökonomen zufolge einen ähnlichen wirtschaftlichen Aufschwung erleben könnten wie zuvor Brasilien, Russland, Indien und Chi-

na. Die Opposition betont wie gewohnt, dass in der laufenden Legislaturperiode Korruption in nie bekanntem Ausmaß zugenommen habe, die öffentliche Sicherheit nicht mehr gewährleistet werden könne, die Justiz ihrer Unabhängigkeit beraubt wurde und die Politik die Ärmsten vergessen habe.

Doch spielen beide Parteien auch eine religiöse Karte, um Wähler zu gewinnen. Dies ist, zumindest in diesem Ausmaß, neu und hat insbesondere auch mit der Aufarbeitung der Kriegsverbrechen von 1971 zu tun. Diese hat in diesem Jahr mit mehreren Verurteilungen ihren bisherigen Höhepunkt erreicht. So hatten die BNP und ihr Koalitionspartner Jamaat-e-Islami bereits im Rahmen der Kommunalwahlen und mit Unterstützung neuer islamistischer Bewegungen die „religiöse Karte“ gespielt – mit Erfolg. Dem Aufkommen der sich für säkulare Strukturen stark machenden Shahbag-Bewegung und überregionale Print- und Funkmedien, die betonten, in Bangladesch dürfe islamistischer Extremismus keinen Platz haben, setzte die BNP/Jamaat-Koalition folgendes Szenario entgegen: Es gäbe Kräfte in Bangladesch, die danach strebten, dem Islam, der so vielen Menschen als Orientierung im Alltag diene, den Platz zu nehmen und die muslimische Mehrheitsbevölkerung ihrer Identität zu berauben. Kritiker des Islamismus wurden als anti-islamisch bezeichnet und als Atheisten abgestempelt. Eine Strategie, die vor allem in den ländlichen Regionen verdingt und der BNP Erfolg bei den Kommunalwahlen verschaffte. Diese religiöse Karte, so zeichnet sich ab, wird auch

im Rahmen des laufenden Wahlkampfes gespielt werden.

Und die Regierung? Sie spielt mit. Die Awami League verfolgt die Strategie, den Wählern zu zeigen, dass man als islamfeindlich eingestufte Äußerungen oder Tätigkeiten nicht akzeptiere. So bildete die Regierung im März 2013 einen Ausschuss zur Überwachung islamkritischer Umtriebe und den Islam beleidigenden Einträge im Internet. Kurz darauf wurden vier Blogger verhaftet, die in der Shahbag-Bewegung aktiv waren und die Islamisten als Atheisten bezeichneten. Ihnen wurde vorgeworfen via soziale Netzwerke die religiösen Gefühle der muslimischen Mehrheitsbevölkerung verletzt zu haben. Schließlich wurde die gesetzliche Grundlage geschaffen, um leichter gegen Bürger des Landes vorzugehen, die im Internet Inhalte publizieren, die religiöse Gefühle verletzen, die zu einer Bedrohung der öffentlichen Sicherheit führen oder die ein „falsches Bild“ Bangladeschs in der Öffentlichkeit zeichnen. So kann jeder Bürger ohne Haftbefehl verhaftet und bis zu 14 Jahren Gefängnis verurteilt werden. Wann Inhalte genannte Straftatbestände erfüllen ist unklar und öffnet Tür und Tor für potenziellen Missbrauch.

Gewalt gegen Minderheiten

Bangladesch im Zeitraum von Parlamentswahlen bedeutet die Notwendigkeit, Maßnahmen zu ergreifen, um die Sicherheit von indigenen Völkern und religiösen Minderheiten zu gewährleisten. Angehörige dieser Gruppen sehen sich traditionell

und im Alltag Übergriffen ausgesetzt. Exzessive Gewalt haben diese Gruppen unter anderem auch im Anschluss an die Parlamentswahlen 2001 erfahren müssen. Die ausufernde Gewalt gegen Minderheiten vom März 2013 und die Instrumentalisierung des Islam im Wahlkampf sind möglicherweise ein Vorgeschmack auf kommende Wellen der Gewalt vor, während und nach den anstehenden Wahlen. Die Regierung ist aufgefordert, die Präsenz von geschultem Polizeipersonal in Wahlbezirken zu erhöhen, in denen vornehmlich religiösen Minderheiten und indigene Völker leben. Internationale Wahlbeobachtermissionen müssen solche Maßnahmen unterstützen. Um den Bedarf in den Worten einer Hindu aus Gazipur auszudrücken: „In der Vergangenheit sind wir vor, während oder nach den Wahlen in die Wälder geflohen, wenn sich Gruppen näherten, die uns Gewalt antun wollten. Doch in Bangladesch gibt es keine Wälder mehr. Wo sollen wir uns nun verstecken?“

Dirk Saam ist NETZ-Referent für Entwicklungspolitik.



Wer wird gewählt?

Viele Bangladeschis sind vor der Parlamentswahl noch unentschlossen

Text: David Bergman | Übersetzung: Serge Birtel

Aktuelle Meinungsumfragen des Forschungsinstituts AC Nielsen zeigen, dass die Bangladesh Nationalist Party (BNP) an Popularität gewonnen hat. Demnach geht die größte Oppositionspartei gestärkt in die landesweiten Parlamentswahlen, die bis zum 24. Januar 2014 stattfinden sollen.

BNP gewinnt an Popularität

In der aktuellen Umfrage vom Juli 2013 kommt die BNP auf 43% der Wählerstimmen. Damit liegt sie rund 11 Prozentpunkte vor der derzeitigen Regierungspartei, der Awami League. Im Vergleich zum November 2012 gaben mehr als doppelt so viele Befragte an, die BNP wählen zu wollen. Bei dieser Umfrage erreichte die BNP gerade einmal 20 Prozent. Der Popularitätsgewinn der Partei hängt möglicherweise auch mit den Shahbag-Protesten zusammen (Anm. d. Red.: Die Shahbag-Bewegung entstand im Februar, als sich zahlreiche Bürger an der Shahbag-Kreuzung in Dhaka versammelten um für die angemessene Verurteilung von Kriegsverbrechen, die während des Unabhängigkeitskrieges 1971 verübt wurden, zu protestieren. Mehr Informationen finden Sie in der Ausgabe NETZ 2/2013: Protestbewegung Shahbag – Mehr als die Aufarbeitung

des Unabhängigkeitskrieges). Die Mehrheit der Bevölkerung befürwortet zwar das Kriegsverbrechertribunal, lehnt aber die Shahbag-Bewegung ab.

Die Verbündeten der BNP und Awami League haben einen großen Teil der Gunst der Wähler verloren. Der landesweiten Umfrage vom Juni dieses Jahres zufolge liegt die Unterstützung für die islamistische Partei Jamaat-e-Islami bei 1 Prozent; die für die Jatiya Partei bei 3 Prozent. Im Jahr 2008 hatte die Jamaat-e-Islami, ein Verbündeter der BNP, noch 4 Prozent der Wählerstimmen erhalten, was das niedrigste Ergebnis der vier vergangenen Wahlen seit 1990 war. Die Jatiya Partei, Koalitionspartner der Awami League in der Regierung, erhielt bei den letzten Wahlen rund 8 Prozent der Stimmen.

Die Umfrage im Juli 2013 ergab, dass die Jamaat nur 57 Prozent ihrer Wähler von 2008 behalten konnte. Fast ein Drittel der Jamaat-Wähler von 2008 sagten, dass sie nun die BNP wählen würden. In einer neun Monate früheren Umfrage hätten 89 Prozent der Jamaat-Wähler die Partei auch weiterhin gewählt. 7 Prozent der Jamaat-Wähler der Wahlen im Jahr 2008 sagten im Juli, dass sie nun die Awami League wählen würden. 10 Prozent würden nun der BNP ihre Stimme geben.

Hoffnung für Awami League

Obwohl die Ergebnisse der Umfragen aus dem Juli 2013 gute Nachrichten für die BNP sind, kann die Awami League noch aufholen. Der Umfrage zufolge sind 19 Prozent der Wähler, ein Fünftel der Wahlberechtigten, noch unentschlossen, welche Partei sie wählen werden. Falls diese Wähler sich in den nächsten Monaten für die Awami League entscheiden sollten, kann sich das Verhältnis der Parteien zueinander stark verändern. Zudem geben die Umfragen der Awami League Grund zur Hoffnung. Die meisten Wähler sagen, dass es ihnen besser geht, als noch vor vier Jahren und dass es der Wirtschaft insgesamt besser gehe. In vielen anderen Ländern werden diese Zahlen als Indikator dafür gesehen, ob die Wähler die amtierende Partei wählen oder einen Wandel. Allerdings sollte nicht vernachlässigt werden, dass 48 Prozent der Wähler die hohen Preise für Lebensmittel und Güter als eines der drei derzeitigen Hauptprobleme in Bangladesch sehen. Diese kurzfristige Sichtweise könnte die positive Auffassung über die Wirtschaftsleistung konterkarieren.

Die Anzahl derjenigen, die der Auffassung sind, dass sich das Land in die falsche Richtung beuge, ist rückläufig – von 84%



Foto: Lukas Jednicki

Während des Wahlkampfes zielen Fotos der Kandidaten oder die Symbole der Parteien ganze Straßenzüge.

bei einer älteren Umfrage im April 2013 auf 58% drei Monate später. Dies kann der Awami League ebenfalls weiter Hoffnung geben, obwohl nur eine kleine Minderheit immer noch der Meinung ist, dass sich das Land in die richtige Richtung bewege. Es ist jedoch bemerkenswert, dass die Unterstützung der BNP im gleichen Zeitraum von 37 auf 43 Prozent gestiegen ist.

Es ist daher möglich, dass sich ein Wahlkampf für die Awami League als positiv erweisen könnte, der die Erfolge der Partei seit 2009 hervorhebt. Genau diese

Taktik verfolgt die Premierministerin derzeit. Die BNP hingegen muss in ihrem Wahlkampf natürlich auf die Misserfolge der Awami League in ihrem Wahlkampf aufmerksam machen. Derzeit beziehen sich die Wahlkampfaussagen der BNP allerdings nur darauf, wie die Wahlen stattfinden sollen.

Einfluss des Kriegsverbrechertribunals

Es ist auffallend, dass die BNP die Jamaat-e-Islami, welche weiterhin einer der Hauptverbündeten der Partei ist, relativ wenig unterstützt. Zudem haben sich BNP-Funktionäre öffentlich kaum über die Verurteilung von Anführern der Jamaat beim Kriegsverbrechertribunal geäußert. Das deutet darauf hin, dass die BNP anhand der Umfragen erkannt hat, dass die Jamaat zunehmend unwichtiger für den Wahlausgang wird und dass die Verurteilungen von Kriegsverbrechen breite Unterstützung genießen. Die BNP kann sich glücklich schätzen, dass sich die Anschuldigung der Awami League, die BNP unterstützte Kriegsverbrecher, nicht in der öffentlichen Meinung verfangen hat. Nur 25% der Befragten in der April-Umfrage glauben dies. Ohne Zweifel wird die BNP sicherstellen wollen, dass sich das nicht ändert.

Wie die BNP mit der Debatte über das Kriegsverbrechertribunal in den kommenden Monaten umgehen wird, wird sehr inter-

essant werden. Die Jamaat wird die BNP sicherlich auffordern, sich zu den Entscheidungen des Berufungsgerichtes, die Todesstrafen aufrecht zu erhalten, zu äußern. Für die BNP kann das gefährlich werden. Allerdings findet die Mehrheit der Wähler, dass die Prozesse unfair waren. So bleibt Raum für die BNP, die Jamaat in ihrer Kritik der Gerichtsprozesse zu unterstützen, ohne dabei Wählerstimmen zu verlieren.

Der hier abgebildete Beitrag ist eine Zusammenfassung der von David Bergmann verfassten Artikel „Ten observations about Nielsen/Democracy International opinion polls“, „Main party allies loose support“ und „Voters economic perception provide hope for AL“, die erstmals Anfang September 2013 in der bangladeschischen Tageszeitung New Age erschienen sind.

David Bergman ist Redakteur für Sonderberichte bei der Tageszeitung New Age.



Ohne Bestechung geht es nicht – oder?

Ein Gespräch über Korruption

in Entwicklungsprojekten

Im Gespräch: Habibur Rahman Chowdhury

Habibur Rahman Chowdhury leitet seit 2001 das NETZ-Team in Bangladesch. Im Gespräch zeigt er auf, wie auch die Entwicklungszusammenarbeit von der weitverbreiteten Korruption im Land betroffen ist – und wie NETZ damit umgeht.

NETZ: Berichten von Transparency International zufolge schöpfen staatliche Behörden in Bangladesch einen Teil der ausländischen Gelder für Entwicklungszusammenarbeit ab. Wie sieht es bei NETZ aus?

Habibur Rahman Chowdhury: NETZ zahlt keinerlei Geld an Behörden, außer es handelt sich um offizielle Gebühren. Diese fallen vor allem für die staatliche Registrierung als internationale Organisation an. Bestechungsgelder zahlen wir in keinem Fall. Wir haben eine klare Politik, was das betrifft. Das gilt auch für alle Mitarbeiter in unserem NETZ-Team. Ich nehme das sehr ernst und stehe persönlich mit meinem Namen dafür ein. Wir können diese Praxis natürlich nicht in ganz Bangladesch stoppen, aber in unserem Einflussbereich können wir Korruption verhindern. Ein einfacher Mechanismus, um Intransparenz zu vermeiden, ist die Darstellung der Arbeit, die wir leisten. Darum lade ich ein, die von NETZ unterstützen Projekte anzuschauen und andere Menschen davon zu überzeugen.

NETZ: Was ist mit lokalen Eliten, Beamten und Politikern auf der Gemeinde- und Dorfebene? Kor-

ruption gilt hier als sehr gängig und die genannten Gruppen haben viele Möglichkeiten, ihre Interessen durchzusetzen.

Chowdhury: Diese Gruppen wollen ihren Einfluss auf verschiedene Art geltend machen. Beispielsweise gibt es öfter Forderungen nach Bestechungsgeldern an uns und unsere Partnerorganisationen. Jedes Projekt müssen unsere Partner von den staatlichen Behörden genehmigen lassen. Wir haben unseren Partner-NGOs gegenüber eine eindeutige Position: es darf keine Bestechung gezahlt werden. Dass dies in gar keinem Fall passiert, ist nur schwer nachzuprüfen. Wir können nicht jeden Finanztransfer unserer Partner in all ihren Projekten nachvollziehen. Aber wir haben ein Auge darauf, dass zumindest kein Geld genutzt wird, das für unsere Projekte bestimmt ist. Mit unserem umfangreichen Finanzkontroll-System können wir das genau überprüfen.

NETZ: Machen die Partner mit?

Chowdhury: Wir versuchen Korruption von Anfang an zu bekämpfen, also schon bei der Auswahl unserer Partner. Wir suchen transparente Organisationen mit einem guten Management. Es ist

nicht einfach, gute Partner zu finden. Aber wir müssen wählerisch sein. Dieser Auswahlprozess kann schon mal zwei Jahre dauern. Wir suchen Partner, die fest in den Projektregionen verwurzelt sind. Für die lokalen Eliten ist es nicht einfach, Druck auf solche NGOs auszuüben.

NETZ: Wie sieht es mit Tieren aus, die im Rahmen von Projekten angeschafft werden, wie zum Beispiel Kühe oder Ziegen? Haben die Händler Mechanismen und Kontakte, um von solchen Investitionen zu profitieren?

Chowdhury: Manchmal versuchen Gewerbetreibende Kartelle zu schaffen, etwa auf Viehmärkten. Wenn bekannt wird, dass Projektteilnehmerinnen Kühe oder Ziegen kaufen wollen, probieren die Händler, die Preise hochzutreiben. Wenn diese offensichtlich zu hoch sind, ändern wir die Strategie und kaufen Kühe beispielsweise auf anderen Märkten oder von Privatpersonen. Die Händler merken schnell, dass sie ihr Spiel nicht mit unseren Projektteilnehmerinnen spielen können. Wir versuchen, viele Dorfbewohner zu involvieren. So wächst Bewusstsein.

NETZ: Abgesehen davon gibt es

Setzt sich resolut gegen Korruption im NGO-Sektor in Bangladesch ein: Habibur Rahman Chowdhury.

aber Korruption in Verbindung mit staatlichen sozialen Sicherungsprogrammen.

Chowdhury: Die von uns unterstützten Frauengruppen versuchen Zugang zu verschiedenen staatlichen Versorgungsprogrammen zu bekommen. Wenn sie nicht geeint sind, gehen diese Leistungen oft an ihnen vorbei, obwohl sie anspruchsberechtigt sind. Wenn eine Frau alleine einen Antrag stellt, etwa auf Witwengeld oder Lebensmittelkarten, dann zählt sie für den Beamten nicht. Er kann die Hand aufhalten, um die Frau in ein Programm aufzunehmen. Wenn 200 Frauen vor seinem Büro aufkreuzen, dann sind sie bedeutend. Dann reagiert er anders. Das zeigt unsere Erfahrung.

NETZ: Wie stellen Sie Transparenz und die adäquate Nutzung von Spenden sicher?

Chowdhury: NETZ sichert die Qualität der Projekte und hat ein umfangreiches Finanzkontroll-System etabliert. Wir überprüfen regelmäßig die Umsetzung der Projekte in den Dörfern und die Ergebnisse dieser Arbeit. Zudem kontrollieren wir, dass kein Geld veruntreut wird, vor allem durch externe Rechnungsprüfer und durch die monatliche Prüfung der Ausgaben der Partnerorganisationen durch unsere NETZ-Finanzexperten. Im Zweifel werden bei Anschaffungen die gängigen

Marktpreise zum Zeitpunkt des Kaufs zurückverfolgt.

NETZ: Und wenn Korruptionsfälle bekannt werden?

Chowdhury: Wir ahnden diese unmittelbar. Wenn sich ein Mitarbeiter nachweislich bereichert hat, wird ihm gekündigt. Das gilt sowohl für unsere Partner, als auch für NETZ. Wenn das Leitungsteam der Partnerorganisation betroffen ist, dann muss die Zusammenarbeit beendet werden. Wir haben uns schon von Partnern getrennt, wenn die Transparenz nicht mehr gewährleistet war. Es geht nicht darum, wie viel oder wie oft veruntreut wurde, sondern um die Tatsache, dass es passiert ist.

NETZ: Inwieweit spielt Vetternwirtschaft eine Rolle?

Chowdhury: Korruption hat viele Gesichter. Vetternwirtschaft ist in bangladeschischen NGOs nicht ungewöhnlich. Es kommt durch-

aus vor, dass Verwandte von Mitarbeitenden eingestellt werden, auch wenn sie schlechter qualifiziert sind. Für die von NETZ unterstützten Projekte gibt es daher klare Vorgaben. Bewerber dürfen nicht eingestellt werden, wenn Verwandtschaftsverhältnisse zur Leitungsebene der Organisation bestehen. Aus diesem Grund ist NETZ auch bei Personalentscheidungen für Projektmitarbeiter involviert.

NETZ: Welche Reaktionen bekommen Sie auf diese klare Haltung?

Chowdhury: NETZ wird in seinem Kampf gegen Korruption sehr ernst genommen. Unsere Position gilt als sehr außergewöhnlich in unserem Land, doch wir bekommen dafür viel Unterstützung von verschiedenen Seiten.

Das Gespräch führte Bernadette Kolb in Wetzlar. Übersetzung: Sven Wagner.



Foto: Rolf K. Wegst

Rundes Jubiläum

Seit 100 Jahren gibt es das
Nationalmuseum in Dhaka

Text: Sven Wagner



Zum Jahresbeginn formierte sich an der Shahbag-Kreuzung im Herzen von Bangladeschs Hauptstadt Dhaka eine Bewegung. Sie protestierte für die Verurteilung von Kriegsverbrechern und thematisierte damit ein nationales Trauma, den Unabhängigkeitskrieg im Jahr 1971. Die Bewegung wuchs und erlangte bald den Ruf, Geschichte zu schreiben an einem Ort, wo es längst Geschichte zu erleben gibt, hinter Vitrinen, auf Schautafeln und in großen Sälen mit tausenden Ausstellungsstücken – der Sammlung des Nationalmuseums von Bangladesch.

In diesem Jahr feiert die Institution, die seit 1983 an der Shahbag-Kreuzung beheimatet ist, ihren 100. Geburtstag. Am 7. August 1913 eröffnete der britische Kolonialverwalter Thomas Gibson Carmichael das Nationalmuseum in Dhaka, dessen Sammlung damals in einem einzelnen Raum im Gebäude der heutigen Medizinischen Universität untergebracht war. Für Besucher öffnete das Museum seine Tore ein Jahr später.

Ein Museumswärter präsentiert Gästen eine riesige Karte von Bangladesch, die sich im Eingangsbereich des Nationalmuseums befindet.

Die Einrichtung eines Nationalmuseums in Dhaka war eine Folge der Teilung Bengalens im Jahr 1905. Das heutige Bangladesch bildete damals zusammen mit dem heutigen indischen Bundesstaat Westbengalen eine der rohstoffreichsten und wichtigsten Regionen innerhalb der englischen Kronkolonie Britisch-Indien, die Anfang des 20. Jahrhunderts ihre strategische Bedeutung innerhalb der Kolonie nach und nach verlor. Durch die Teilung Bengalens beschleunigten die britischen Machthaber diesen Prozess. Die Bedeutung Dhakas als strategischer Mittelpunkt der Region und Gegengewicht zu Kolkata wuchs dadurch allerdings. Das Vorhaben, dort ein Nationalmuseum zu etablieren, folgte der Teilungs- und Herrschen-Logik der britischen Herrscher in Südasien. Mit dieser Logik hielt die Kolonialmacht die beherrschten Regionen klein, um größere lokale Machtstrukturen zu verhindern.

Carmichael versuchte Ostbengalen mit dem Nationalmuseum ein Symbol der Identifikation zu geben. Selbst unter den Eliten Dhakas wurde bald die Forderung laut, Kunstschatze aus der Region, die bis dahin im Museum in Kolkata lagerten, zu überführen. Bis zum Ende der Kolonialzeit wuchs die Sammlung des Museums dadurch rasch an und die Institution zog mehrfach um. Nachdem Indien infolge des britischen Rückzugs aus Südasien 1947 geteilt wurde und Dhaka fortan zu Pakistan gehörte, übernahm die Universität Dhaka die Institution und leitete sie.

Als 1971 der Staat Bangladesch entstand, änderte das auch Ausrichtung und Selbstverständ-

nis des Museums. Der erste Präsident Bangladeschs, Sheikh Mujibur Rahman, verstand das Nationalmuseum als wichtige Institution, mit der er den Menschen Quellen zufolge den „wahren Kampf der Bengalen“ zeigen konnte. Dadurch nahm der Unabhängigkeitskampf in den Folgejahrzehnten einen bedeutenden Teil in der dokumentarischen Darstellung des Hauses ein.

Das ist noch heute spürbar. Ein Rundgang durch das Museum endet in einer Halle, in der stündlich die Vorhänge der riesigen Fensterfronten heruntergelassen und als großflächige Leinwand für eine Filmvorführung genutzt werden. Der Unabhängigkeitskrieg gegen die pakistanische Armee, der Einsatz der Unabhängigkeitskämpfer und der als Erlösung dargestellte Sieg werden in einem knapp zwanzigminütigen Film dargestellt – mitunter in Form von Animationen, hauptsächlich gespeist durch alte Filmaufnahmen und Fotos. Bilder und Vertonung heroisieren die Kämpfer; martialisch und heldenhaft wird der blutige Kampf beschworen und gipfelt in infernal Melodien.

Abgesehen von diesen Darstellungen bietet das Museum heute interessante Einblicke in Bangladeschs Geschichte, Kultur und Natur. Sammlungen von Gemälden, Rüstungen, Münzen und Plastiken aus der Mogul-Zeit laden zu stundenlangem Schlendern durch die vier großräumigen Etagen des Museums ein. Persische Miniaturmalereien aus der Zeit vor den Mogulherrschern sind zu sehen, ebenso wie Zeugnisse aus den Frühzeiten des Buddhismus, der im heuti-

gen Bangladesch einst eine wichtige Rolle spielte. In Großraum-Dioramen sind verschiedene Darstellungen von Alltagsszenen der Bevölkerung zu finden. Der Besucher sieht indigene Völker in den Chittagong Hill Tracts, Kleinbauern im Nordwesten des Landes und Fischer im Brahmaputra-Delta. Detailgetreu sind Kleidung, Werkzeuge und Alltagsgegenstände den Installationen beigelegt. Die anthropologischen Modelle sind ähnlich der Ausstellung im Indischen Nationalmuseum in Kolkata und stehen ihnen in nichts nach. Dort wird ebenfalls versucht, dem Besucher ein simples aber informatives Bild der verschiedenen Bevölkerungsgruppen zu vermitteln – wenngleich diese traditionalistische Darstellung in beiden Fällen keinen Anspruch auf Aktualität erheben darf.

Sven Wagner arbeitet als Journalist und ist Redaktionsmitglied dieser Zeitschrift.





GESCHÄFTSSTELLE: **Neue Mitarbeiterin**

Als Referentin für entwicklungspolitische Bildungsarbeit unterstützt Sabrina Syben seit dem 1. November 2013 die Arbeit unserer Geschäftsstelle in Wetzlar. Sie ist Ansprechpartnerin für Aktionsgruppen, Schulen und Kirchengemeinden und koordiniert Bildungsveranstaltungen unserer Referenten und Bangladesch-Rückkehrer aus dem Freiwilligendienst. Schon während ihres Studiums der Politikwissenschaft legte sie ihren Schwerpunkt im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit und Friedens- und

Konfliktforschung. Ein sechsmonatiges Praktikum in Vietnam bestärkte sie in ihrem Wunsch, sich hauptamtlich sozial zu engagieren. In den letzten acht Monaten arbeitete sie bei betterplace.org. Dort sammelte sie erste Erfahrungen in der Betreuung einer Ehrenamts-Plattform und im Online-Fundraising. Sabrina Syben ist es wichtig, die Menschen in Deutschland durch Informations- und Aufklärungsarbeit für die verschiedenen Dimensionen von Armut in Bangladesch zu sensibilisieren.



AUSGEZEICHNET: **Der Vorführer**

Der Filmemacher Shaheen Dill-Riaz wurde 2013 mit dem Eine-Welt-Filmpreis des Landes Nordrhein-Westfalen ausgezeichnet. Ministerin Dr. Angelica Schwall-Düren übergab ihm den 3. Preis für sein Werk „Der Vorführer“:

Der 10-jährige Rakib arbeitet als Filmvorführer in Chandpur. Er hat gelernt, sein Leben zwischen den Verführungen von Bollywood und der Verantwortung für seine Familie zu gestalten.

AKTIONEN: **Für die Menschenwürde**

NETZ hat sich für das Jahr 2013 ambitionierte Ziele gesetzt im Kampf gegen Hunger, für Bildung, für Menschenrechte. Im Programm „Ein Leben lang genug Reis“ sollen dieses Jahr 7.475 Frauen in Bangladesch Startkapital erhalten – ein entscheidender Schritt für sie heraus aus Unterernährung und Unterdrückung. An 40 neuen Dorfschulen sollen 1.200 Erstklässler ihr Recht auf Bildung erhalten. Die Menschenrechtsorganisationen Ain o Shalish Kendra und Research Initiative Bangladesh werden mit Unterstützung von NETZ

von 2013 bis 2016 in 16 Distrikten 5.000 Menschenrechtsaktivisten schulen, ihre Vernetzung unterstützen und sie auf diese Weise befähigen, gemeinsam Strukturen von Unrecht zu bekämpfen. Aktionsgruppen an vielen Orten in Deutschland engagieren sich; NETZ wurde für den ehrenamtlichen Einsatz der 6.000 Menschen in Deutschland für Menschenwürde und gegen Hunger in Bangladesch für den Deutschen Engagementpreis 2013 nominiert. Auf der nächsten Seite einige Aktivitäten in Kürze.

Tönisvorst Mit ihrem Sponsorenlauf, selbstgemachter Marmelade und Rikscha-Fahrten erzielten die Schülerinnen und Schüler des Michael-Ende-Gymnasiums dieses Jahr ein Rekordergebnis zugunsten der Schulbildung von Kindern und „Ein Leben lang genug Reis“ in Bangladesch.

Lich Die evangelischen Kirchengemeinden haben 800 Adventskalender gedruckt. Der Erlös fließt in das Projekt „Ein Leben lang genug Reis“.



Oberhausen Firmlinge und Erstkommunionkinder der katholischen Kirchengemeinden Liebfrauen und St. Josef sammelten mit Trödelmärkten und dem Verkauf von Selbstgemachtem für den Schulbesuch von Kindern in Bangladesch.

Essen Der Rotary Club veranstaltete sein alljährliches Golf-Turnier diesmal zugunsten der Schulbildung von Kindern sowie des Projekts „Ein Leben lang genug Reis“ in Bangladesch.

Bad Mergentheim Die Schülerinnen und Schüler des Deutschorden-Gymnasiums ver-

anstalteten ihr traditionelles „Radeln für Bangladesch“ zugunsten des Schulbesuchs von Kindern im Partnerland.

Krefeld Die Kirchengemeinden St. Margareta und St. Mariä Himmelfahrt feierten einen Gottesdienst in Verbundenheit mit den Menschen in Bangladesch und bestimmten ihre Kollekte für „Ein Leben lang genug Reis“.

Heuchelheim Die Evangelische Martinsgemeinde sammelte in ihrem Schulanfangsgottesdienst für die Bildung von Kindern in Bangladesch.

Lich Der Weltladen in der evangelischen Marienstiftsgemeinde förderte mit seinen Verkaufserlösen das Empowerment von Frauen in Bangladesch.

Tübingen Die Gruppe Danza Vita führte ihr Stück „Die zwei Gesichter der Zeit“ im Sudhaus auf und „ertanzte“ den Erlös für „Ein Leben lang genug Reis“, Grundbildung und Menschenrechte in Bangladesch.

Bergisch Gladbach Bangladesch erleben! Unter diesem Motto lernten 140 Dritt- und Viertklässler der Grundschule „An der Strunde“ verschiedene Facetten des Landes kennen. Die Schülerinnen und Schüler gestalteten zwei Freundschaftsfahnen, die für ihre Solidarität mit Kindern in Bangladesch stehen.

Tübingen-Hirschau Drei Familien feierten die Taufe ihrer

Kinder. Die Kollekte bestimmten sie für das Programm „Ein Leben lang genug Reis“ in Bangladesch.

Gießen Der Soroptimist Club unterstützt das Programm „Ein Leben lang genug Reis“.

Zülrich Der Verein FairZülrich lud zum Kaffeehaus-Nachmittag mit selbstgemachtem Kuchen und Musik ein. Den Erlös bestimmten die Vereinsmitglieder für Bangladesch.

Tübingen Die Firma Dinkel präsentierte die Ausstellung „visual arts – visible future“: Schiefertafeln aus Bangladesch wurden zu 46 Kunstobjekten! 26 Künstlerinnen und Künstler haben sie gestaltet. Die Werke wurden versteigert. Das Ergebnis: 120 Kinder in Bangladesch können ein Jahr lang zur Schule gehen.

Ludwigsburg 25 Bangladesch-Interessierte aus Baden-Württemberg haben ihre Erfahrungen bei Solidaritätsaktionen ausgetauscht und Aktuelles aus Bangladesch diskutiert. Besonders die Berichte der vier NETZ-Freiwilligen von ihrem Dienst in Bangladesch stießen auf Begeisterung.

Schwalbach Der Eine-Welt-Laden feierte sein 20-jähriges Jubiläum mit einem ökumenischen Gottesdienst und Benefizkonzert. Der Erlös ging in das Projekt „Ein Leben lang genug Reis“.

Weitere Meldungen aus der Partnerschaft mit Bangladesch gibt es auf www.bangladesch.org.

Kleidungsetiketten und Wasserkrug

Eindrücke eines Gastes aus Bangladesch

von der entwicklungspolitischen Bildung

Text: Samia Tamrin Ahmed | Übersetzung: Lukas Rudolph und Karina Bauer

Die Organisation NETZ ist mir seit langem geläufig. Mit einigen der deutschen Freiwilligen, die in Bangladesch waren, bin ich befreundet. Jetzt sollte ich gemeinsam mit zwei bangladeschischen Kollegen, Imran und Rimmon, ebenfalls Stipendiaten des „Cross Culture“-Programmes des Instituts für Auslandsbeziehungen, NETZ und die Stadt Wetzlar besuchen. Peter Klöpping, der mit NETZ einen Freiwilligendienst in Bangladesch geleistet hatte, nahm uns unter seine Fittiche. Gleich am ersten Abend machte er uns untereinander sowie mit dem hiesigen Flammkuchen bekannt.

In Wetzlar sollten wir mehr über NETZ erfahren und das Bangladesch-Projekt an der Goetheschule kennen lernen. Gleich am Morgen nach unserer Ankunft ging es zur Schule. Die didaktischen Bangladesch-Kisten von NETZ, die mit uns kamen, bargen spannende Überraschungen: traditionelle Kleidung aus Bangladesch, Bilder, Schmuck, Karten, Kinderbücher, sogar ein Wasserkrug für die Toilette. Damit schmückten wir das Klassenzimmer für die Projektstage, erzeugten ein richtig bangladeschisches Ambiente und hatten viel Spaß dabei. Peter machte schon in der Begrüßungsrunde mit den Schülern einen amüsanten Test: „Wer von uns trägt eigentlich ein T-Shirt ‚Made in Bangladesch‘?“ Die Schüler kontrollierten gegenseitig ihre Ein-

näher und nicht wenige meldeten sich – inklusive Peter selbst.

Peters Vergleich der Einwohnerdichte fand ich besonders spannend: Man stelle sich vor, man quetschte die doppelte Bevölkerung Deutschlands in die beiden südlichen Bundesländer. Imran erklärte, warum die Menschen in Bangladesch so eine positive Lebenseinstellung haben. Sein Film „Schönes Bangladesch“ fand großen Anklang. Rimmon berichtete aus erster Hand vom verheerenden Einsturz der Textilfabrik in Savar. Zum Thema Textilindustrie hatte Peter ein Rollenspiel vorbereitet: Die Schüler wurden zu Näherinnen und Fabrikbesitzern, Handelskonzernen und Menschenrechtsaktivisten, Fair-Trade-Vertretern und Konsumenten. Es hat Spaß gemacht, sie in Aktion zu sehen – die Fabrikbesitzer waren aus meiner Sicht allerdings wohl doch etwas zu ruhig.

In der Gruppe am zweiten Tag waren die Jugendlichen etwas jünger. Die Diskussionen drehten sich um die Frage, wie wir als Konsumenten etwas bewirken können. Es wurde klar, dass die bangladeschische Regierung eine zentrale Rolle hat und die Arbeitsbedingungen verbessern muss. Und es gibt mehr Lösungen als den Boykott billiger Kleidung: Druck auf die Handelsunternehmen in Deutschland ist eine Option. Ich hoffe, dass die Schüler durch unsere Ver-

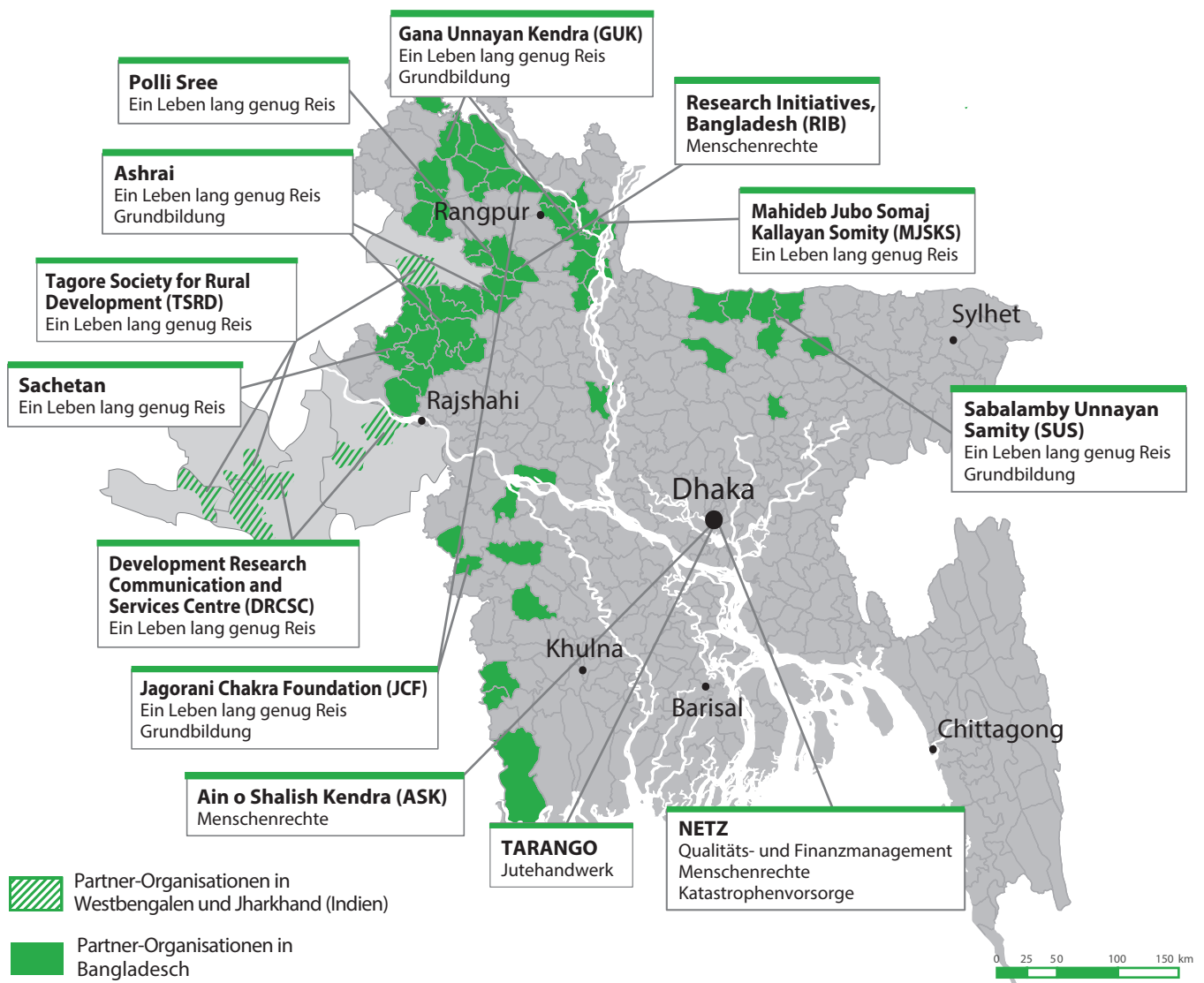
anstaltung zu bewussteren Konsumenten werden.

Alle Jugendlichen hatten eine gewisse Vorstellung von Bangladesch: Kinderarbeit und die Fabrikunglücke fielen ihnen ein. Eine der Schülerinnen fragte, ob wir Mobiltelefone hätten. Ich erzählte ihr über bankkontofreie Überweisungen von Handy zu Handy in Bangladesch. Im Anschluss an die spannenden Diskussionen zeigten uns die Jugendlichen dann ihre Schule. Es war schon fast ergreifend, dass einige der Schüler Kuchen zugunsten einer Dorfschule in Bangladesch verkauften. Als wir bei ihnen standen, war der Andrang natürlich am größten.

Mich hat es sehr inspiriert, einen Einblick in das deutsche Bildungssystem zu erhalten, in dem interaktives Lernen und eine Diskussionskultur vermittelt wird. Ich behalte die herzliche Gastfreundschaft der NETZ-Mitarbeiter, mit ihrem wunderbaren Pflaumenkuchen zum Tee, in guter Erinnerung.

Samia Ahmed ist Stipendiatin des Instituts für Auslandsbeziehungen und arbeitet bei University Press Limited in Dhaka als Lektorin.





Partner und Projekte, die von NETZ unterstützt werden

NETZ konzentriert seine Arbeit auf vier Projektbereiche:

„Ein Leben lang genug Reis“ unterstützt die 20% ärmsten Familien, damit sie dauerhaft ein Einkommen erwirtschaften. So können sie für Nahrung, Kleidung und Gesundheit sowie Bildung ihrer Kinder sorgen. Selbsthilfe-Strukturen werden aufgebaut. 48.146 Familien hat NETZ 2012 im Programm „Ein Leben lang genug Reis“ unterstützt. Über 125.000 Menschen haben seit Beginn des Programms den Hunger dauerhaft überwunden.

Grundbildung ist das Handwerkszeug für eine bessere Zukunft. An den von NETZ unterstützten Schulen lernen Mädchen und Jungen u.a. Lesen, Schreiben und Rechnen. An 296 Grundschulen war NETZ mit Partner-Organisationen 2012 aktiv: in abgelegenen, von Armut geprägten Regionen im Norden Bangladeschs. 23.371 Schulkinder erhielten hier Zugang zu qualitativ hochwertiger Grundbildung.

Menschenrechte: NETZ kämpft für die Rechte der Ärmsten in den Dörfern. 900 Frauen und Männer

des indigenen Volkes der Santal haben sich 2012 im Norden Bangladeschs in Selbsthilfegruppen organisiert. Auf nationaler Ebene engagiert sich NETZ, dass Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidiger sowie Organisationen der Zivilgesellschaft wirksam arbeiten können.

Katastrophenvorsorge: NETZ hilft den Menschen beim Kampf gegen den Hunger nach einer Katastrophe und beim Schutz vor künftigen Überschwemmungen.

NETZ - Zeitschrift für Entwicklung und Gerechtigkeit

Moritz-Hensoldt-Str. 20 / D-35576 Wetzlar

Postvertriebsstück / DPAG / Engelt bezahlt / G 8619

ISSN 1619-6570

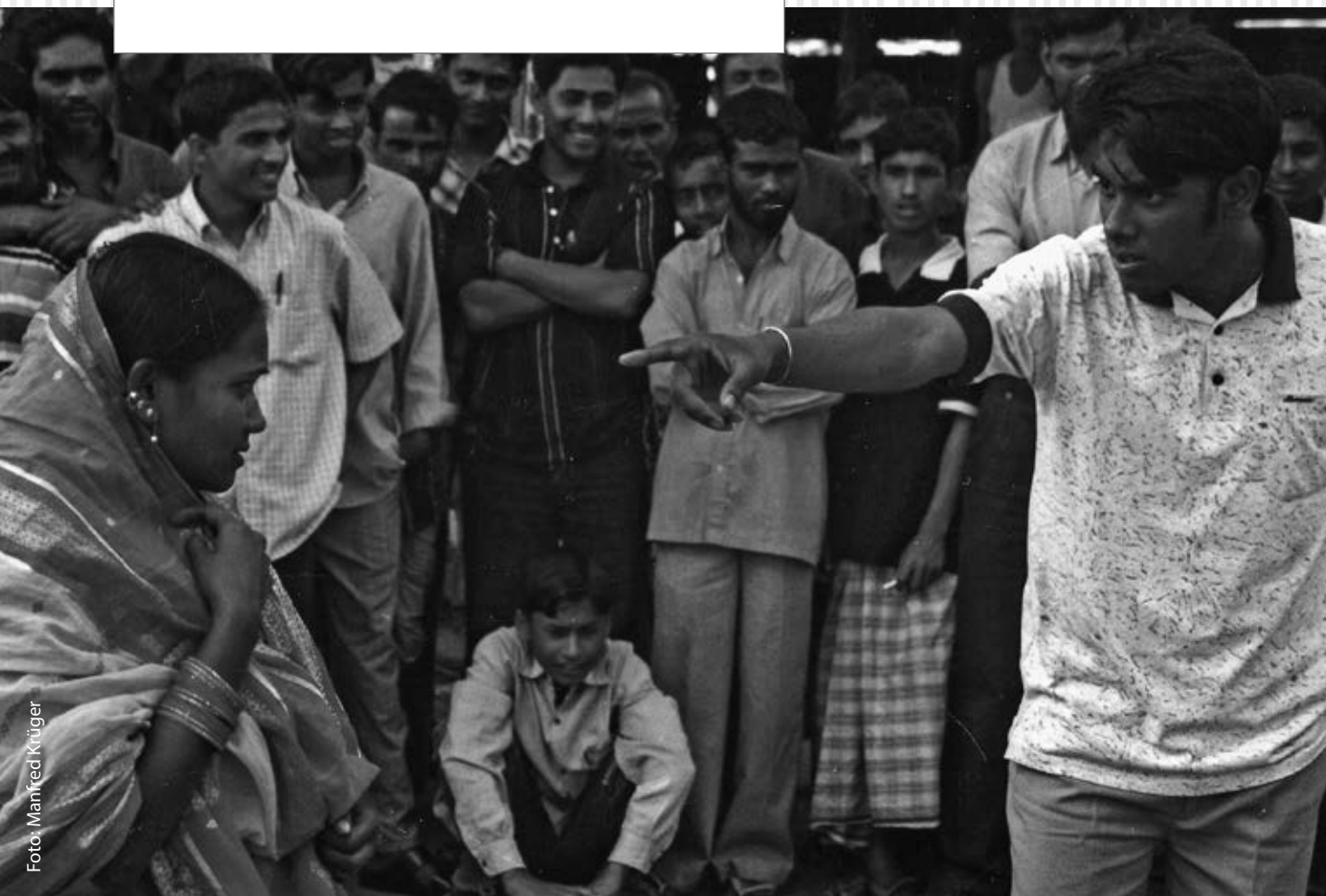


Foto: Manfred Krüger

540€ schützen ein ganzes Dorf!

Menschenrechtsaktivisten schulen benachteiligte Frauen, Minderheiten, Landlose und treten für sie ein. Sie brauchen Ihre Partnerschaft: Mit 540 Euro arbeitet ein Menschenrechtsrat mit 10 Mitgliedern ein ganzes Jahr – gegen Gewalt und Diskriminierung.



Das Spenden-Siegel des Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen (DZI) bestätigt, dass wir mit den uns anvertrauten Mitteln sorgfältig und verantwortungsvoll umgehen.

Partnerschaft Entwicklung Gerechtigkeit
NETZ
বাংলাদেশ
www.bangladesch.org

**NETZ Partnerschaft für
Entwicklung und Gerechtigkeit e.V.**

Moritz-Hensoldt-Str. 20

D-35576 Wetzlar

Tel.: 06441 / 97463-0

Fax: 06441 / 97463-29

**Spendenkonto 62 62
Volksbank Mittelhessen
BLZ 513 900 00**

Überweisungen aus dem Ausland:
IBAN: DE 82 513 900 0000 0000 6262
BIC: VB MH DE 5F